

| 2017/18-02

lvb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Die Protestkundgebung der ABP vom 8. November 2017



Sinnlos



Liebe Leserin
Lieber Leser

Nun sind die Karten offengelegt: Die Baselbieter Regierung will für alle Staatsangestellten – Lehrpersonen inklusive – per 2020 ein neues, privatwirtschaftlichen Standards entsprechendes Lohnsystem installieren. Der bislang praktizierte Modus mit Lohnklassen und Erfahrungsstufen soll ersetzt werden durch sogenannte Lohnbänder. Und am unteren Ende der Lohnrunden-Nahrungskette darf Ihre Schulleitung, gestützt auf eine Beurteilungsmatrix mit Ratings von C bis Triple A, alsdann darüber richten, wie sich Ihr Salär (nicht) entwickelt.

Gemäss Begründung des Regierungsrats Sorge das neue Modell für mehr Flexibilität, stärke das MAG als Führungsinstrument und Sorge für eine höhere Verteilungsgerechtigkeit (sic!). Diese Schlagwörter riefen mir ein bemerkenswertes Buch in Erinnerung: «Sinnlose Wettbewerbe – Warum wir immer mehr Unsinn produzieren» von Mathias Binswanger. Beeindruckt von seinem Werk, hatte ich den Ökonomen Binswanger 2012 als Referenten für die LVB-Delegiertenversammlung gebucht. Seine Kernaussagen lauteten:

1. Der Anspruch, komplexe Tätigkeiten qualitativ messen zu wollen, ist eine Illusion. Messen lassen sich einzelne Aspekte, die sodann ins Zentrum gerückt werden. Darunter leidet die Qualität als Ganzes.
2. Das Menschenbild, wonach Arbeitnehmer Zuckerbrot und Peitsche benötigen, um Leistung zu erbringen, ist gerade in Bereichen wie der Bildung verfehlt, da wir dort auf die intrinsische Motivation der Beteiligten bauen müssen. Diese aber wird durch abstruse Qualitätsmessungen zerstört.
3. Solche Systeme werden immer ohne Mitsprache der Betroffenen eingeführt. Ausbaden müssen es ja dann andere.
4. Es werden hochfliegende Indikatorsysteme erstellt, deren Aussagewert einer Blackbox ähnelt. So entstehen Arbeitsplätze für Menschen, die sich mit Daten beschäftigen. [Der Anthropologe David Graeber prägte in diesem Kontext übrigens den Begriff «Bullshit-Jobs».]

Bis vor wenigen Jahren waren Schulen beneidenswert unbürokratische Institutionen. Seitdem die Politik damit begonnen hat, Schulen wie Unternehmen zu behandeln, steigt der Anteil an Zwischenhierarchien, Formularen, Protokollen und Evaluationen unaufhörlich – und der Stellenpool für Nichtunterrichtende wächst munter mit. Verkehrte Welt: Das New Public Management, vorangetrieben durch angeblich wirtschaftsliberale Kräfte, entpuppt sich als Inbegriff des Bürokratismus.

Das Vorurteil, wonach ein Etatist sein müsse, wer beim Staat arbeitet, ist falsch. Beileibe nicht jeder Staatsangestellte hält sämtliche Formen staatlichen Jobwachstums für richtig. Und was wir ganz bestimmt nicht brauchen, ist ein aufgeblähter, pseudoobjektiver Qualitäts-Kontroll-Administrations-Kennzahlen-Moloch, der schon in der

Privatwirtschaft lediglich vorgibt, zu funktionieren.

Dass aber nur eine starke öffentliche Schule mehr Chancengerechtigkeit und soziale Durchmischung ermöglicht; dass ein intaktes staatliches Gewaltmonopol eine angemessen alimentierte Polizei voraussetzt; dass eine professionelle Verwaltung nicht mit Angestellten gelingt, die allein aus Mangel an Alternativen beim Staat arbeiten – das müsste an sich allen Zeitgenossen einleuchten, unabhängig von der politischen Couleur.

Es sei denn, wir wollten eine schulische Zweiklassengesellschaft angelsächsischen Zuschnitts. Oder Bürgerwehren à la USA. Und endlose Wartezeiten für staatliche Dienstleistungen wie in Südeuropa. Damit all das nicht Realität wird, braucht es – neben dem Verzicht auf weitere Abbauübungen – einen Kanton, der als Arbeitgeber attraktiv und verlässlich ist und der nicht die Fehler der Privatwirtschaft mit zeitlicher Verzögerung nachäfft.

Die Wahrheit ist: Strikt Staatsgläubige und strikt Marktgläubige leiden an der gleichen Krankheit, dem *morbus ideologiae*. Ein erfolgreiches Gegenmittel gegen dieses Leiden vermochte in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch niemand zu finden. Die Hoffnung ruht daher auf einem gelegentlichen Korrektiv durch die Schwarminelligenz des Stimmvolkes – wie am 24. September, als der vermeintlich «effiziente und flexible Staatsapparat» an der Urne versenkt wurde. Wie mir scheint, muss auch in Sachen Lohnsystem in diese Richtung agiert werden.

Freundliche Grüsse

Roger von Wartburg
Präsident

Inhalt

Impressum

lvb.inform 2017/18-02
 Auflage 3000
 Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
 Baselland LVB
 4133 Pratteln
 Kantonalsektion des Dachverbands
 Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
 LCH
 Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB-Geschäftsstelle per Adresse
 Michael Weiss
 Sonnenweg 4, 4133 Pratteln
 Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lvb.ch

Abonnemente

Für Mitglieder des LVB ist das
 Abonnement von lvb.inform im
 Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Gestaltung, Textumbruch

Philipp Loretz

Lektorat

Roger von Wartburg

Druck

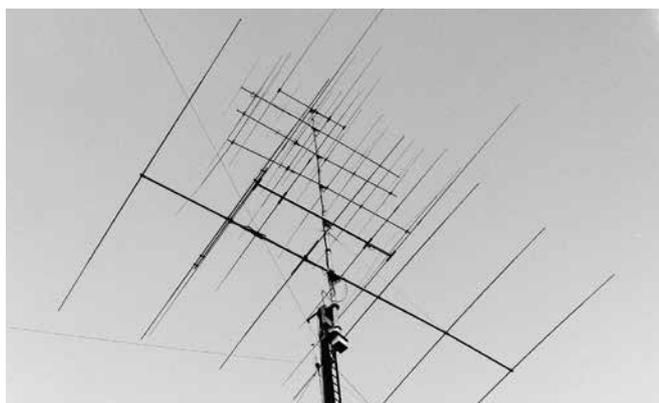
Schaub Medien AG, 4450 Sissach

Titelbild: Urs Hubler

- 2 **Editorial: Sinnlos**
 Von Roger von Wartburg
- 3 **Inhalt/Impressum**
- 4 **Alles, was (nicht) recht ist**
Fragen an Radio Eriwan zu Ihrer Pensionskasse
 Von Michael Weiss
- 6 **Jammern auf hohem Niveau? Mitnichten!**
Lehrpersonen verdienen einen guten Verdienst!
 Von Gabriele Zückert
- 8 **«Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!»**
Die Protestkundgebung der ABP vom 8. November 2017
 Von der LVB-Geschäftsleitung
- 15 **Die wichtigsten Passagen aus der Rede von**
LVB-Präsident Roger von Wartburg anlässlich
der ABP-Protestkundgebung vom 8. November 2017
- 17 **To Smile as You Kill**
 Ein Kommentar von Michael Weiss
- 20 **Perlenfischen**
 Von Roger von Wartburg
- 28 **LVB-Informationen**
- 32 **Strichwörtlich**
 Von Michèle Heller
- 33 **Das Schwarze Brett**
- 34 **Der letzte Schrei**
Widersprüche
 Von Roger von Wartburg

Alles, was (nicht) recht ist Fragen an Radio Eriwan zu Ihrer Pensionskasse

Von Michael Weiss



Frage an Radio Eriwan:

Kann ich bei einer Kündigung vor der ordentlichen Pensionierung mein gesamtes Kapital aus der BLPK herausnehmen und auf eines oder mehrere andere Vorsorgekonti übertragen?

Antwort von Radio Eriwan:

Im Prinzip ja. Allerdings müssen Sie natürlich bei einem anderen Arbeitgeber pensionskassenversichert sein, da Sie andernfalls ja über gar kein weiteres Vorsorgekonto verfügen würden. Grundsätzlich können Sie im Rahmen einer Frühpensionierung Ihr Kapital auch direkt beziehen; allerdings sind dem Staat diejenigen, die das tun, immer mehr ein Dorn im Auge, da es nicht selten vorkommt, dass jemand seine vorbezogene Rentenleistung in kürzester Zeit verjubelt oder verspekuliert und dann bis ans Ende seiner Tage von der Fürsorge lebt. Warten Sie also nicht zu lange, wenn Sie Derartiges vorhaben sollten – die Gesetzeslage könnte sich bald zu Ihren Ungunsten ändern! Beachten sollten Sie ausserdem, dass Sie das so bezogene Kapital versteuern müssen (Details auf <https://www.baselland.ch/politik-und-behörden/direktionen/finanz-und-kirchendirektion/steuerverwaltung/privatperson/lebenssituationen/pensionierung/kapitalleistungen-aus-vorsorge>).

Frage an Radio Eriwan:

Könnte ich, falls ich mich gleichzeitig für zwei oder drei Jahre wieder an meiner angestammten Schule anstellen liesse, im neuen Arbeitsvertrag die Pensionskasse selbst bestimmen (irgendein Vorsorge-Institut, eine Bank oder Versicherung etc.)?

Antwort von Radio Eriwan:

Im Prinzip ja. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass Sie aufgrund Ihrer Wiederanstellung an derselben Schule nicht mehr pensionskassenpflichtig sind. Eine Wiederanstellung ist dann nicht pensionskassenpflichtig, wenn wenigstens eine der folgenden beiden Bedingungen erfüllt ist:

1. Der Verdienst bei der Wiederanstellung muss, auf das Jahressalär hochgerechnet, unterhalb der BVG-Eintrittsschwelle (2017: CHF 21'150.-) liegen.
Wichtig ist hierbei der Zusatz «auf das Jahressalär hochgerechnet»: Wer beispielsweise nach der Pensionierung noch ein halbes Jahr in einem Teilpensum weiterarbeitet und in dieser Zeit (inkl. Anteil 13. Monatslohn) monatlich mehr als 1762.50 Fr. (= 1/12 von 21'150 Fr.) verdient, wird wieder pensionskassenpflichtig, obwohl der Gesamtverdienst unter 21'150 Fr. liegt. Damit wird eine vorgängige Frühpensionierung zumindest teilweise nichtig.
2. Die Dauer der Wiederanstellung übersteigt nicht drei Monate.

Stellvertretungen von maximal drei Monaten Dauer unterstehen unabhängig vom Verdienst nicht der BVG-Pflicht und sind daher auch nach einer Pensionierung zulässig, sofern eine betriebliche Notwendigkeit besteht. Stellvertretungen dürfen aber nicht den Charakter einer faktischen Weiterbeschäftigung über das Datum der Frühpensionierung hinaus haben. Insbesondere ist eine Stellvertretung unmittelbar nach der Frühpensionierung unzulässig – es sei denn, der auf ein Jahr hochgerechnete Lohn dieser Weiterbeschäftigung bliebe unter der BVG-Eintrittsschwelle. Nicht zulässig ist auch die nahtlose Aneinanderreihung mehrerer Stellvertretungen zu einer Gesamtdauer von mehr als drei Monaten bei ein und demselben Arbeitgeber: Eine solche ist als reguläre Anstellung anzusehen, die der BVG-Pflicht unterliegt, sobald der auf ein Jahr hochgerechnete Verdienst die BVG-Eintrittsschwelle überschreitet.

Sollten Sie nun zum Schluss kommen, dass unsere Antwort auf Ihre Frage in diesem Fall doch eigentlich «nein» lauten müsste, haben Sie damit nicht ganz unrecht, denn effektiv können Sie nicht beim Kanton arbeiten und den Verdienst bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung als der BLPK pensionsversichern lassen. Immerhin besteht unter gewissen

Voraussetzungen aber die Möglichkeit, sich nichtpensionskassenpflichtig wiederanstellen zu lassen.

Frage an Radio Eriwan:

Lohnt es sich, sich wegen der bevorstehenden Senkung des Umwandlungssatzes frühzeitig pensionieren zu lassen?

Antwort von Radio Eriwan:

Im Prinzip ja. Allerdings nicht so, wie Sie vielleicht denken. Eine höhere monatliche Rente erhalten Sie aufgrund einer Frühpensionierung nämlich aus folgenden Gründen nicht:

1. Der Umwandlungssatz sinkt nicht im Sinne einer einmaligen Anpassung, sondern in monatlichen Schritten, verteilt über die Jahre 2019 bis 2022. Je nachdem, ob der Landrat im März 2018 eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 5.4% oder auf 5.0% beschliesst, sind das 0.00833% oder 0.0167% monatlich.
2. Unabhängig von dieser Senkung steigt der Umwandlungssatz auch automatisch an, je länger jemand arbeitet, und zwar um monatlich 0.01%.
3. Selbst wenn es zu einer Senkung des Umwandlungssatzes auf 5.0% käme, würden die Pensionskassenbeiträge, welche Sie während der zusätzlichen Arbeitsjahre noch einzahlen, die effektive Senkung des Umwandlungssatzes um 0.0067% monatlich (resp. 0.08% jährlich) durch das höhere angesparte Kapital mehr als kompensieren, d.h. Ihre Rente wäre gleichwohl höher. Hinzu kommt, dass Sie dann auch noch länger Ihren Lohn, der ja in jedem Fall höher ist als die Rente der BLPK, beziehen würden.

Sie können höchstens damit argumentieren, dass Sie bei einer Frühpensionierung früher mit dem Rentenbezug beginnen und aufgrund des sinkenden Umwandlungssatzes die Summe aller Rentenzahlungen, die Sie bis an Ihr Lebensende erhalten werden, umso grösser sein wird, je früher Sie in Rente gehen. Pro Monat erhalten Sie allerdings trotzdem weniger Rente. Vielleicht kommen Sie ja aber auch zum Schluss, dass es Ihrer Gesundheit förderlicher ist, sich frühpensionieren zu lassen, als sich noch einmal in paar Jahre den nur schlechter werdenden Arbeitsbedingungen auszusetzen. Auch dann könnten Sie – auf die Gesamtrente, die Sie während Ihres dergestalt verlängerten Lebens beziehen, gerechnet – von einer Frühpensionierung ebenfalls finanziell profitieren.

Anmerkung: Sieht man von dem obligaten «Im Prinzip ja» ab, das jede Antwort auf eine Frage an Radio Eriwan einleitet (um dann sofort relativiert oder gar ins Gegenteil verkehrt zu werden), sind die gegebenen Antworten durchaus korrekt – tatsächlich sind uns alle drei Fragen genau in dieser Art schon von Mitgliedern gestellt worden, und wir haben sie im abgedruckten Sinn beantwortet – freilich ohne ein einleitendes «Im Prinzip ja».

Jammern auf hohem Niveau? Mitnichten! Lehrpersonen verdienen einen guten Verdienst!

Von Gabriele Zückert



Der Reallohnverlust ist längst Tatsache

Schon seit Jahren schaffen es die bestehenden kantonalen Lohnsysteme nicht mehr, nur schon mit den steigenden Krankenkassenprämien Schritt zu halten. Der Reallohnverlust ist Tatsache, und dies flächendeckend.

Fragen Sie doch einmal in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis herum: In welchen anderen Berufsfeldern verdienen die Arbeitnehmenden heute real weniger als noch Jahre zuvor?

Eine Schifffahrt, die stimmt trübe ...

Vor einigen Wochen war es mir vergönnt, an einer Schiffsreise auf der Donau teilnehmen zu können, welche in Staaten des ehemaligen Ostblocks führte. Die Besuche in den Städten Wien, Budapest, Bukarest, Belgrad, Pécs, Ordaş, Russe und Bratislava haben Eindrücke hinterlassen, die mich nachdenklich gestimmt haben.

Und dies nicht nur wegen der Bauten in den Städten, deren jeweiliger Zustand höchst unterschiedlich ist: Auf der einen Seite protzige Prachtbauten wie der absurd überdimensionierte Palast des ehemaligen rumänischen

«Jammern auf hohem Niveau.» Dies ist der Satz, den Lehrpersonen allzu oft zu hören bekommen, wenn sie sich dafür einsetzen, dass sich ihr Verdienst nicht weiter verschlechtert, und sie dahingehend Stellung beziehen, dass ihre anspruchsvolle und wichtige Arbeit auch eine anständige Entlohnung rechtfertigt. Dabei ist der Erhalt des Status quo bei genauerer Betrachtung sogar zu wenig: Mehrere Lohnerhebungen, die unser nationaler Dachverband LCH in Auftrag gegeben hat, zeigen eindrücklich auf, dass bei den Lehrereöhnen in der Schweiz erheblicher Nachholbedarf besteht.



Plattenbau in Russe, Bulgarien.
Für Renovationen fehlt das Geld.

Despoten Nicolae Ceaucescu, auf der anderen Seite in desolater Verfassung befindliche Plattenbauten, für deren Instandhaltung kein Geld vorhanden ist. Zwar hatte der Staat nach der Wende die Wohnungen zu äusserst günstigen Konditionen an die Bewohner verkauft, doch diese müssten nun für die überfälligen Renovationen aufkommen. Mit den Löhnen auf rumänischen Niveau ist dies ein Ding der Unmöglichkeit.

... eine Schifffahrt, die verstört

Auch die Aussagen der Reiseleiter und Reiseleiterinnen waren teilweise verstörend. In Wien war keine einzige Aussage zum aktuellen Staatswesen und dem wirtschaftlichen Wohlergehen

der Österreicherinnen und Österreicher getätigt worden – einzig die Historie des Landes und der Bauten hatten im Mittelpunkt gestanden. Sobald wir jedoch den Fuss auf früheren «Ostblock-Boden» gesetzt hatten, kam das Gespräch mit den Reiseleitungen jeweils sehr schnell auf Themen wie Bildung und Schulen, das Gesundheitswesen sowie die Löhne der Lehrpersonen und Ärzte – ohne dass die Touristen das Thema von sich aus angesprochen hätten.

Lehrpersonen in Ungarn, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien verdienen je zwischen 280 und 500 Euro im Monat. Jeder Handwerker verdient mehr. Aussagekräftig werden diese

Zahlen aber erst, wenn man die Abweichung zum Bruttoinlandprodukt (BIP) betrachtet. Diese Länder liegen in Bezug auf die Lehrerlöhne weit im Minus. Dies bedeutet, dass man mit der Arbeit als Lehrperson in diesen Ländern faktisch unterhalb des Existenzminimums lebt.

Die Konsequenz ist, dass viele Lehrpersonen nebenher Privatunterricht erteilen, einer zweiten Arbeit nachgehen (z.B. als Reiseleiter), zusammen mit ihren Eltern und ihren Kindern in einer Zweizimmerwohnung leben (Bulgarien) oder sich genötigt sehen, den Beruf zu wechseln. Und wenn sie die Chance haben, dann wandern sie in den Westen aus. Darum mangelt es

Doch nun hat man auch in der Schweiz damit angefangen, die Lehrerlöhne zu senken – wer wüsste das besser, als wir Baselbieter Lehrkräfte? Eine Lohnsenkung galt jahrzehntelang als Tabu, doch diese Zeiten sind vorüber. Hierin noch nicht eingerechnet sind die Kaufkraftverluste durch nicht ausgeglichene Teuerung. Darüber hinaus treffen Reformen der Pensionskasse die aktiven Versicherten ganz massiv. Parallel dazu wird im politischen Diskurs am Image der Lehrpersonen gesägt: «Ferientechniker» und das eingangs erwähnte «Jammern auf hohem Niveau» sind die Totschlagargumente.

Und auf einmal müssen sich auch Schweizer Lehrpersonen Sorgen darü-

sich für den Lehrberuf geeignete junge Schweizerinnen und Schweizer nur noch selten in diesen Beruf einsteigen wollen. Andere Arbeitsbereiche mit vergleichbarem Ausbildungsniveau sind weitaus lukrativer.

Die Jahresarbeitszeit (2200 Stunden abzüglich 5 Wochen Ferien) reicht den meisten Lehrpersonen schon lange nicht mehr zur Bewältigung ihres angewachsenen Pflichtenhefts. 50- bis 60-Stunden-Wochen während der Unterrichtszeit sind keinesfalls Ausnahmen. Und am Wochenende ist man häufig online. In den Ferien werden regelmässig die E-Mails gecheckt. Beträchtliche Teile der unterrichtsfreien Zeit sind Weiterbildung, Vorbereitung und dem Verfassen von Berichten gewidmet.

Gewiss: Auch in anderen Berufen sieht die Arbeitswelt nicht anders aus. Trotzdem müsste es zu denken geben, wie viele junge Lehrpersonen wegen der Belastung schnell wieder aus dem Beruf aussteigen. Dies auch darum, weil die in ihre Ausbildung investierten Beträge rückblickend gesehen verschwendete Steuergelder waren. Auch volkswirtschaftlich ergibt das keinen Sinn.

Tatsache ist: Die im Vergleich zu anderen Branchen in der Schweiz zu tiefen Lehrerlöhne fügen unserem Schulwesen auf Dauer schweren Schaden zu. Geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für unseren Berufsstand ziehen denselben gar nicht erst in Betracht, fähige Kolleginnen und Kollegen wandern bei guten Gelegenheiten in die Privatwirtschaft ab. Und ein von vielen Seiten immer wieder geäussertes Ziel, nämlich das Zurückholen der Männer auf die Primarstufe, wird unter diesen Vorzeichen mit Sicherheit ein Traum bleiben. Es ist Zeit, daran etwas zu ändern.



Nicolae Ceaucescu Palast in Bukarest. Der Diktator höchstpersönlich spielte den führenden Architekten. Toiletten fehlen grösstenteils. Deswegen muss man mehr als 15 Minuten Gehweg dafür einplanen.

überall an Lehrpersonen. Hinsichtlich der Ärztinnen und Ärzte sieht es genau gleich aus.

Und bei uns?

In der Nordwestschweiz erleben wir seit Jahren, dass viele Lehrpersonen aus Deutschland eingestellt werden. Im Bericht der EU-Kommission von 2009/10 steht Deutschland in Sachen Lehrerlöhne aber gar nicht schlecht da. Nur Dänemark bezahlt noch die besseren Löhne, gemessen an der Abweichung zum BIP. Und trotzdem zieht es deutsche Lehrpersonen und auch Ärzte in die Schweiz. Anscheinend wirken unsere Arbeitsbedingungen und Löhne noch immer attraktiv im Vergleich.

ber machen, ob sie sich nach ihrer Pensionierung ihre Wohnungen noch leisten können werden. Verstärkt wird diese Problematik erst recht, wenn die betreffende Person nicht immer im Vollpensum hatte arbeiten können, was insbesondere auf viele Frauen zutrifft. Ob sie gar im Alter nach Deutschland ziehen sollen respektive müssen, der tieferen Lebenshaltungskosten wegen?

Was für künftige Lehrpersonen wollen wir?

Natürlich sind wir in der Schweiz von Zuständen wie in Osteuropa weit entfernt. Dennoch scheinen viele Politiker und Politikerinnen hierzulande noch nicht realisiert zu haben, dass an

¹ <https://www.lehrerfreund.de/schule/1s/lehrer-gehaelter-europa-vergleich/4008>

² Teachers' and School Heads' Salaries and Allowances in Europe, 2009/10

BLEXIT

**ABSCHIED ALS
VERLÄSSLICHER UND
ATTRAKTIVER ARBEITGEBER**

BILDUNG
RECHNET
SICH!

BI
RI

BILDU
RECHI
SICH

**«Es reicht!
Es ist genug!
Es ist mehr als genug!»**

Die Protestkundgebung der ABP vom 8. November 2017

Rund 600 Staatsangestellte füllten die Mittenza Muttenz und bestätigten auf eindruckliche Weise die Aussage, welche die Spitzen der vier ABP-Verbände LVB, PVPBL, vpod und VSG im Vorfeld getroffen hatten: Es brodeln im Staatspersonal – und wie! Wo immer die Rednerinnen und Redner Fehlentwicklungen und Missstände anprangerten, wurden sie von kollektiven Unmutsbekundungen aus dem Saal in ihren Aussagen unterstützt. Hoch anzurechnen ist der Regierung, dass sie vollzählig (!) an der Kundgebung teilgenommen hat. Dies beweist, dass es der ABP gelungen ist, sich als respektierte Instanz im Kanton zu etablieren. Auch viele Landratsmitglieder, darunter Personalkommissionspräsident Balz Stückelberger, folgten der Einladung.





FRANTISEK MATOUS

Furioser Beginn

Nachdem die furios aufspielende Basler Street Jazz Band «Brazz Attack» das Publikum eine Viertelstunde lang musikalisch eingestimmt hatte, trat LVB-Präsident Roger von Wartburg, im laufenden Geschäftsjahr auch Jahrespräsident der ABP, ans Mikrofon. Er führte durch den Abend und vermochte kraft seiner aufrüttelnden einleitenden Worte den unter den Anwesenden aufgostauten Unmut geschickt von Beginn weg in die gewünschten Bahnen zu lenken. Unzählige Male wurde seine Ansprache spontan von tosendem Applaus und zustimmenden Rufen unterbrochen.

Doch nicht nur mit kanalisiertem Emotionen vermochte der LVB-Präsident bei den Protestierenden zu punkten, sondern auch mit Humor und Wortwitz. So erklärte er den jazzigen Einstieg in die Veranstaltung damit, dass auf diese Weise wenigstens ganz am Anfang harmonische Klänge zu vernehmen gewesen seien, was für den Rest des Abends kaum erwartet werden könne. Auch die in Anlehnung an den «BREXIT» Grossbritanniens aus

der EU entstandene Wortschöpfung «BLEXIT» für das Ende des Kantons Baselland als verlässlicher und attraktiver Arbeitgeber stiess auf enthusiastische Reaktionen im Publikum. Sie finden die wichtigsten Passagen aus Roger von Wartburgs Rede abgedruckt auf Seite 15.

Fassungslosigkeit und Empörung

Toya Krummenacher, Gewerkschaftssekretärin des vpod Region Basel, kam als zweite Rednerin zum Zug. Sie erläuterte den teilweise ungläubig bis fassungslos dreinblickenden Staatsangestellten die von der Regierung geplante Revision des Lohngesetzes, deren gemäss bereits ab 2020 lohnrelevante MAGs das bewährte Lohnmodell mit Lohnklassen und Erfahrungsstufen ersetzen sollen. Auch der Umstand, wonach das Vorgehen der Regierung als unangebrachte Reaktion auf die radikale Initiative «Für eine vernünftige staatliche Personalpolitik» der Liga der Baselbieter Steuerzahler gewertet werden kann, fand Erwähnung. Die Empörung im Saal war überaus gross, viele giftige und empörte Zwischenrufe waren zu vernehmen.

Nachdem Toya Krummenacher erklärt hatte, dass die ABP am 30. Oktober aus dem die betreffende Revision begleitenden «Sounding Board» – einem Gremium ohne jegliche Befugnisse – ausgetreten sei, weil die ABP nicht als sozialpartnerschaftliches Feigenblatt für weitere Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen erhalten wolle, klatschten die Anwesenden mit bemerkenswerter Ausdauer, womit sie gewissermassen ihren Personalverbänden im Nachhinein die Absolution für diesen Schritt erteilten.

Rentenkürzungen von bis zu 30 Prozent?

Es war LVB-Geschäftsführer Michael Weiss vorbehalten, über die neusten Entwicklungen bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK zu informieren, was er mit gewohnter Dossiersicherheit und Souveränität tat. Anhand des fiktiven, aber realistischen Beispiels eines 50-jährigen Sicherheitsassistenten der Polizei zeigte Michael Weiss anschaulich auf, wie einschneidend die kumulierten Rentenverluste durch die Reform 2015 und die nun anstehende Revision des

«Wir sind kein sozialpartnerschaftliches Feigenblatt für die Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des Staatspersonals!»

*Toya Krummenacher,
Gewerkschaftssekretärin des vpod Region Basel*



Foto: F. Matous



Foto: U. Hubler

«Die geforderte Abfederung der Rentenverluste im Umfang von 40.3 Mio. Fr. kostet so viel wie 1 km der neuen Rheinstrasse in Pratteln!»

*Michael Weiss,
Geschäftsführer des
Lehrerinnen- und Lehrervereins LVB*

«Seit der Einführung des aktuellen Lohnsystems im Jahr 2001 hat der Kanton mit nicht gewährten oder verspätetem Teuerungsausgleich beim Personal kumuliert über 180 Mio. Franken gespart.»

*Michael Rudin,
Vorstandsmitglied des
Polizeipersonalverbands PVPBL*



Foto: U. Hubler



Foto: U. Hubler

«Das Bewirtschaften negativer Klischees und das Verbreiten von Fake News über Staatsangestellte vergiften das politische Klima.»

*Simon Habermacher,
Präsident des Verbands des Staats- und
Gemeindepersonals VSG*

Pensionskassendekrets die einzelnen Arbeitnehmenden zu treffen drohen. Manch einer der Zuhörenden glaubte seinen Augen und Ohren nicht mehr zu trauen angesichts der düsteren Erwartungen.

Anschliessend legte Michael Weiss dar, warum der Vorschlag des Regierungsrats wohl ein Schritt in die richtige Richtung sei, aus Sicht der ABP aber dennoch nicht akzeptiert werden könne und präsentierte den von der ABP erarbeiteten Lösungsvorschlag, welcher für mehr Generationengerechtigkeit sowie eine grössere Sicherheit für die Arbeitnehmerschaft bürgen würde. Auch an dieser Stelle bekräftigten die Anwesenden durch ihren Applaus das Vorgehen der Verbandsspitzen.

Teuerung ausgleichen!

Als Nächster betrat Michael Rudin, Vorstandsmitglied des Polizeiperson-

alverbandes PVPBL, die Bühne. Mithilfe eindrücklicher Folien vermochte er aufzuzeigen, wie der Kanton seit der Einführung des neuen Lohnsystems 2001 allein aufgrund nicht oder nur teilweise gewährtem Teuerungsausgleich bis 2016 kumuliert mehr als 180 Millionen Franken eingespart hat – und das neben allen anderen Spar- und Abbaumassnahmen auf dem Buckel des Personals!

Im Weiteren räumte Michael Rudin gründlich mit zwei Mythen auf: Weder stellt der Teuerungsausgleich einen Bonus für das Personal dar, noch kann der Erfahrungsstufenanstieg im staatlichen Lohnmodell als jährliche Lohnerhöhung betrachtet werden, welche die Teuerung mehr als wettmache. In Wahrheit besteht der Zweck des Teuerungsausgleichs alleine in der Erhaltung der Kaufkraft des ausbezahlten Lohnes, und die Erfahrungsstufen sind keine Lohnerhöhung, da

sie zu keiner Erhöhung der Gesamtlohnsumme führen.

Wertschätzung für das Personal!

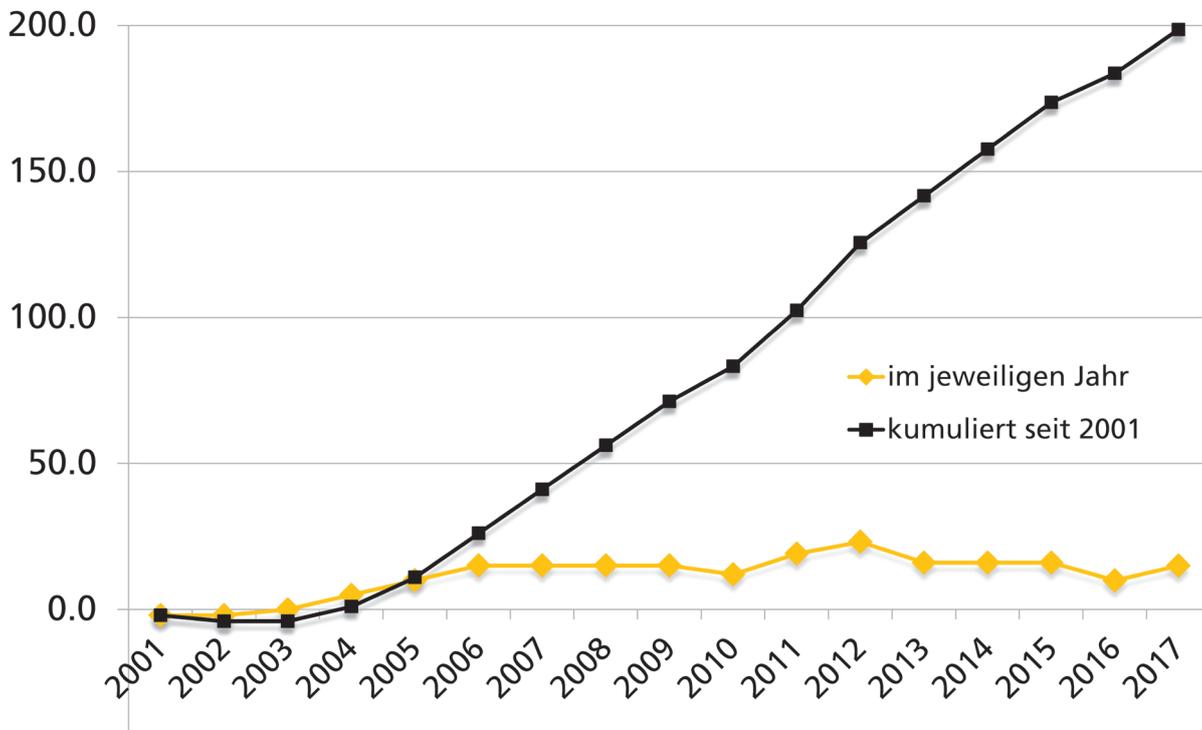
Beschlossen wurde der ABP-Reigen durch VSG-Präsident Simon Habermacher. Er sprach nicht über konkrete monetäre Belange und Forderungen, sondern stellte die allzu oft fehlende Wertschätzung für die wichtige Arbeit des Staatspersonals in den Mittelpunkt seiner Ausführungen, wobei er seine Kritik mit einleuchtenden Beispielen und Anekdoten zu untermauern wusste.

Danach dekonstruierte respektive widerlegte Simon Habermacher gekonnt verschiedene Negativ-Klischees über Staatsangestellte durch stichhaltige Fakten. Offensichtlich vermochten sich die Anwesenden in den Schilderungen wiederzuerkennen und dankten es dem Referenten ebenfalls mit warmem Applaus.



Hoch anzurechnen ist der Regierung, dass sie vollzählig (!) an der Kundgebung teilgenommen hat. Auch Personalkommissionspräsident Balz Stückelberger rechts im Bild ist der Einladung gefolgt.

Einsparungen des Kantons durch nicht oder nur teilweise gewährten Teuerungsausgleich, in Mio. Fr.



Resolution verabschiedet

Roger von Wartburg präsentierte sodann die aus den vier beschriebenen Themenfeldern abgeleiteten Forderungen in Form einer Resolution:

1. Keine Schnellschuss-Lohnrevision aus Angst vor der Liga-Initiative!
Schulterschluss zwischen Regierung und ABP mit dem Ziel, die nicht umsetzbare Liga-Initiative zu versenken.
Sozialpartnerschaftliche Ausarbeitung eines tragfähigen neuen Lohnsystems ohne äusseren Druck!
2. Keine kumulierten Rentenverluste von mehr als 18%!
Gesicherte Renten auch für die jüngeren Generationen!
3. Die Teuerung 2017 ist per 1.1.2018 vollumfänglich auszugleichen.
Die Regierung erarbeitet eine konkrete Planung zum Abbau des aufgelaufenen Teuerungsrückstands.
4. Die Regierung tritt pauschalisierenden Verunglimpfungen und Vorurteilen gegenüber dem Staatspersonal konsequent öffentlich entgegen.

Die anwesenden Staatsangestellten verabschiedeten die Resolution einstimmig und brachten ihre Entschlossenheit mit einem neuerlichen minutenlangen Applaus zum Ausdruck.

Finanzdirektor Anton Lauber hatte erwartungsgemäss einen schweren Stand. Es gelang ihm nicht, das aufgebrachte Personal zu beschwichtigen.



Der Finanzdirektor stellt sich

Nach einem kurzen musikalischen Intermezzo durch «Brazz Attack» war es an Finanzdirektor Anton Lauber, die Position der Regierung darzulegen. Er hatte dabei erwartungsgemäss einen schweren Stand und es gelang ihm nicht, das aufgebrachte Personal zu beschwichtigen.

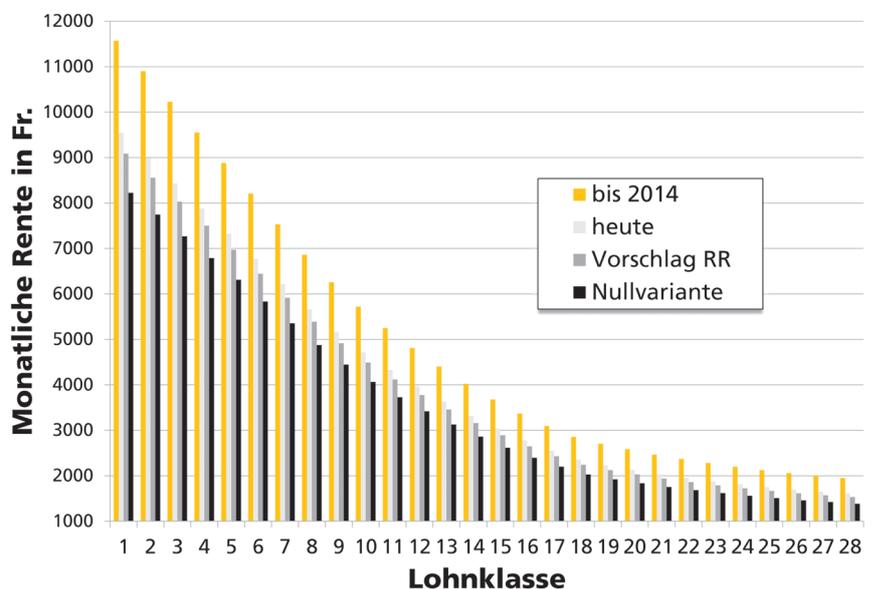
Auf wenig Vertrauen stiess der Magistrat, als er den Anwesenden glaubhaft machen wollte, dass ...

- die Revision des Lohnsystems mitnichten eine Sparvorlage sei;
- eine objektive und lohnrelevante Leistungsbeurteilung bei allen Staatsangestellten inklusive Lehrpersonen mithilfe von Weiterbildungen und Schulungen möglich sei und in anderen Kantonen funktioniere;
- die Regierungsvariante zur Abfederung der Senkung des BLPK-Umwandlungssatzes viel besser als von der ABP dargestellt sei;
- der von der ABP errechnete kumulierte Teuerungsrückstand in Frage zu stellen sei.

Personalverbände stärken!

Abschliessend hielten sich Anton Lauber und Roger von Wartburg gemeinsam auf der Bühne auf und beantworteten Fragen aus dem Publikum respektive nahmen Stellung zu Voten. Wenig überraschend waren sie sich in vielen Punkten nicht einig.

Das offene Mikrofon wurde rege genutzt, bevor Roger von Wartburg nach über drei Stunden Gesamtzeit die Kundgebung schloss – verbunden mit dem Aufruf an die Anwesenden, die ABP-Verbände durch das Anwerben zusätzlicher Mitglieder zu stärken.



LVB-Präsident Roger von Wartburg fand die richtigen Worte, um den Gefühlen der Anwesenden Ausdruck zu verleihen.



URS HUBLER

Die wichtigsten Passagen aus der Rede von LVB-Präsident Roger von Wartburg anlässlich der ABP-Protestkundgebung vom 8. November 2017

«Dieser Saal ist gefüllt mit Menschen, die im Dienste dieses Kantons und seiner Bevölkerung stehen. Diese Menschen hier drin sorgen für unsere Sicherheit. Diese Menschen halten die Infrastruktur instand. Diese Menschen putzen den Dreck weg, den andere hinterlassen. Diese Menschen kümmern sich um die Bildung, die Ausbildung und das Wohlergehen der Kinder, Jugendlichen und Bedürftigen in unserem Kanton. Diese Menschen sorgen dafür, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner nach gleichen Massstäben behandelt werden, wenn sie mit dem Staat in Kontakt kommen. Diese Menschen ermitteln und sprechen Recht. Diese Menschen sorgen für den korrekten Vollzug aller politischen Vorgaben und Abläufe. Und diese Menschen leisten noch vieles mehr. Kurzum: Diese Menschen machen es möglich, dass dieser Kanton funktioniert!

Und im Namen all dieser hier anwesenden Staatsangestellten sage ich an dieser Stelle laut und deutlich: Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Wir sind es leid, seit 15 Jahren nur noch Verschlechterungen unserer Anstellungsbedingungen hinnehmen zu müssen und dass jedem Tiefschlag sogleich der nächste folgt!

Wir sind es leid, dass man uns innerhalb weniger Jahre Rentenkürzungen von bis zu 30% zumuten will, aber im politischen Diskurs gleichzeitig noch immer das Lied von der angeblichen Luxus-Pensionskasse gesungen wird!

Wir sind es leid, dass man uns die Löhne pauschal kürzt, dafür nicht einmal eine dreimonatige Frist einhalten muss und uns dann noch zu verstehen gibt, wegen 1% brauche man sich doch nicht so aufzuregen!

Wir sind es leid, dass man uns seit vielen Jahren den aufgelaufenen Rückstand auf die Teuerung mit einer unerträglichen Selbstverständlichkeit vorenthält und so tut, als wäre das in etwa das Gleiche, wie wenn ein Banker auf seine Boni verzichten muss!

Wir sind es leid, dass «Sozialpartnerschaft» in Baselland zunehmend heisst, als Arbeitnehmervertretung einfach

zur Kenntnis nehmen zu dürfen, was der Arbeitgeber tun will. Echte sozialpartnerschaftliche Verhandlungen (im Sinne des Wortes!) sind in Baselland akut vom Aussterben bedroht!

Wir sind es leid, in Abstimmungskämpfen – letztmals vor der Abstimmung über das Kündigungsrecht im September – immer wieder als ineffiziente, überbezahlte Minderleister dargestellt zu werden!

Darum noch einmal in aller Deutlichkeit:

Es reicht! Es ist genug! Es ist mehr als genug!

Was ganz wichtig ist: Wir müssen uns bewusst werden, dass wir, wenn wir uns geschickt aufstellen und erfolgreich mobilisieren, auch eine politische Kraft sind! Die ABP vereint über 5000 Mitglieder, welche zusammen mit ihren Angehörigen bei Abstimmungen sehr viel bewirken können. Nirgends hat man das besser gesehen als am 24. September, als die ABP mit ihrer Kampagne im Alleingang die Kündigungsschutz-Initiative der Liga der Baselbieter Steuerzahler gebodigt hat. Das war ein klares Signal, ja sogar ein Fanal!

Wir können etwas erreichen, wenn wir uns organisieren, wenn wir uns engagieren, wenn wir uns gemeinsam wehren! Wir müssen nicht alles, was an Vorlagen und abstrusen Ideen daherkommt, einfach hinnehmen und schlucken!

Was es unbedingt braucht: Wir müssen die Reihen schliessen, wir müssen die Indifferenten und Apolitischen aufrütteln und mitnehmen! Und wir müssen den Kopf hochnehmen und selbstbewusst auftreten. Nicht selbtherrlich und nicht überheblich, aber selbstbewusst! Denn wer mit gesenktem Haupt durchs Leben geht, dem kann man nicht auf Augenhöhe begegnen.

«Wir sind das Staatspersonal!» steht auf den T-Shirts, die wir jeweils donnerstags auf der Tribüne des Landratssaals beim stillen Protest tragen. Das ist eine Aussage:

Wir sind jemand!

Wir können etwas!

Unsere Arbeit ist wichtig!

Wir sind die Garanten für ein funktionierendes Baselbieter Gemeinwesen!

Ohne uns kann dieser Kanton nicht bestehen!

Wir sind nicht verzichtbar!

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft, die wir gemeinsam heute Abend aussenden: Dass das Baselbieter Staatspersonal gewillt ist, die politische Auseinandersetzung anzunehmen! Und dass niemand in diesem Kanton das Recht hat, uns als Fussabtreter zu benutzen! Wir verdienen Respekt und Wertschätzung für unsere Leistungen zugunsten des Kantons und seiner Bevölkerung!»

Ein anwesender Wirtschaftslehrer rechnet dem Finanzdirektor vor, dass sein persönlicher Verlust aufgrund von Sparmassnahmen der Regierung sich über die Dauer seiner Berufstätigkeit auf rund 1.2 Millionen Franken summiert.



To Smile as You Kill

Ein Kommentar von Michael Weiss

Der 8. November 2017 war nicht der Tag der leisen Töne. Das war Finanzdirektor Anton Lauber bestimmt bewusst gewesen, als er die Einladung der ABP für deren Protestkundgebung angenommen hat. Und er kam nicht etwa alleine in die Mittenza Muttenz, sondern in Begleitung der gesamten Baselbieter Regierung und seines engsten Führungskaders. Es ist davon auszugehen, dass dies einige persönliche Überzeugungsarbeit erfordert hat, was Anton Lauber hoch anzurechnen ist.

Und dann das: 600 Staatsangestellte, die ihm partout keinen Glauben schenken wollten! Die seinen Versprechungen nicht trauten. Die ihm deutlich zu verstehen gaben, dass ihr Vertrauen in ihn und den Kanton Baselland als Arbeitgeber einen Tiefpunkt erreicht hat. Dass er in seinem «Prä-Regierungsrats-Leben» als Präsident des Polizeipersonalverbandes einst selbst für die Interessen des Staatspersonals gefochten hatte, half ihm in dieser Situation nicht. Darüber, dass dieser Vertrauensbonus mittlerweile aufgebraucht ist und es in den kommenden Jahren einiges brauchen würde, um ihn wiederherzustellen, konnte kein Zweifel entstehen.

«Unbelehrbar», wie Anton Lauber befand, schienen ausgerechnet jene zu sein, die zu einem guten Teil berufshalber andere «belehren»: Lehrerinnen und Lehrer. Sie piffen einfach weiter, selbst nachdem er ihnen klarzumachen versucht hatte, dass er mit gutem Beispiel vorangegangen und zuvor, während der Äusserungen der Arbeitnehmerseite, auch nicht gepfiffen habe.

Nein, die protestierenden Staatsangestellten wollten dem Finanzdirektor nicht glauben, dass die Revision des Lohnsystems keine Sparvorlage sei – obwohl Anton Lauber seine Behauptung sogar wiederholte. Die Wahrnehmung der Anwesenden korrespondierte vielmehr mit den Voten ihrer Verbandsspitzen, wonach die Folgen dieses geplanten, vollkommen überflüssigen Eingriffs in ein grossmehrheitlich unbestrittenes und funktionierendes Lohnsystem uns alle, sollte das Vorhaben zur Umsetzung gelangen, teuer zu stehen kommen werden. Klar ist denn auch, dass die ABP nichts unversucht lassen wird, um das zu verhindern.

Doch nicht darum geht an dieser Stelle. Stattdessen soll erörtert werden, warum sich dieses Publikum am 8. November gegenüber einem gewählten Magistraten teilweise unhöflich, ja fast schon unflätig benommen hat. Aber nicht etwa, um sich stellvertretend dafür zu entschuldigen, sondern um die innere Logik genau dieses Verhaltens aufzuzeigen.

Diese innere Logik hat John Lennon bereits 1970 in seinem Song «Working Class Hero» auf den Punkt gebracht:

*«There's room at the top they're telling you still
But first you must learn how to smile as you kill»*

«To smile as you kill» – lass dir die gute Laune nicht verderben, wenn du Stelleneinsparungen, Lohn- und Rentenkürzungen zu verkünden hast und dem Personal gleichzeitig erklären musst, dass es halt effizienter arbeiten solle und dieses Ziel in Zukunft auch lohnrelevant sein werde. Das ist es offenbar, was heute wie zu John Lennons Zeit erwartet wird, *«If you want to be like the folks on the hill»*.

Noch lange wird dem Schreibenden in Erinnerung bleiben, wie er im Dezember 2015 nach der gescheiterten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhandlung über die Festlegung der Verzinsung der Pensionskassenguthaben der aktiven Versicherten auf dem Weg zum Verwaltungsrat der Basellandschaftlichen Pensionskasse von einem FKD-Mitarbeiter aus dem obersten Kader dafür ausgelacht wurde, dass er sich über den Verlauf dieser Scheinverhandlung so erobst gezeigt hatte. «So ist es halt», beschied ihm dieser – so als ob es dabei lediglich um ein Spiel zwischen zwei Parteien gegangen wäre, welches eine Seite nun eben verloren hätte, und nicht um die Renten von Angestellten, von denen nicht wenige, im Gegensatz zu dem Kadermann selbst, auf jeden Franken angewiesen sein werden. «To smile as you kill» – der Schreibende durfte es hautnah miterleben. Und viele, denen der LVB tagtäglich mit Beratung und Rechts Hilfe zur Seite steht, kennen dieses Verhalten auch von ihren Vorgesetzten nur zu gut.

Diejenigen, die am 8. November gebuht, gepfiffen und dazwischengerufen haben, sind ihrerseits nicht in der Position, mit einem Lächeln töten zu können. Umso schlechter kommt es bei ihnen an, wenn derselbe Finanzdirektor, der auf den Tag genau zwei Monate zuvor den Medien gegenüber freudig das Ende der Zeit der roten Zahlen verkündet hatte, denjenigen, auf deren Buckel diese Entwicklung überhaupt erst möglich gemacht wurde, nun erneut und mit der zum Standardargument avancierten Begründung der Alternativlosigkeit zusätzliche Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen in Aussicht stellt.

Für die Buhenden, Pfeifenden und Dazwischenrufenden stellte es daher einen ersten kleinen Erfolg dar, wenn sich die Gesichtszüge des Magistraten ob ihres Protests für einmal verhärteten und die Mauer des Lächelns, die den Pro-

testierenden seit Jahren jeweils dann entgegenschlägt, wenn sie ihre Anliegen höflich-zivilisiert und deshalb resonanzlos deponieren, wenigstens für kurze Momente aufgebrochen wurde. «*To smile as you kill*» funktioniert nicht mehr uneingeschränkt, das hat der 8. November gezeigt. Auch wenn die «Basler Zeitung» dies (noch) nicht wahrhaben will.

Recht hatte Anton Lauber, als er uns daran erinnerte, dass die Sozialpartner zu allen wesentlichen Fragen tatsächlich Stellung nehmen dürfen. Solange dies aber überall dort, wo es um schwerwiegende Fragen geht, zu nichts anderem führt, als dass am Schluss exakt die Pläne umgesetzt werden, welche die Regierung ohnehin von Anfang an gehegt hatte, sind diese «Anhörungen» nur eine gesetzlich vorgeschriebene Fassade, ein sozialpartnerschaftliches Potemkinsches Dorf.

Entweder ändert sich daran etwas, oder aber wir werden so lange weiteren Druck aufbauen, bis auch der Politik und dem Verwaltungskader wieder bewusst ist, dass man mit Sozialpartnern verhandelt, und dass Verhandeln eben gerade nicht bedeutet, den anderen vor vollendete Tatsachen zu stellen. Zwar beschränkt sich das verbrieftete Recht der Personalverbände tatsächlich darauf, angehört zu werden. Vermessen ist es aber gleichwohl, wenn die Politik daraus folgert, es sei nicht vorgesehen, den von den Sozialpartnern vorgebrachten berechtigten Anliegen bisweilen auch einmal substantiell entgegenzukommen.

Kollektiv gut betreut

Gute Gründe für Visana

Exklusiv für Sie!

Geniessen Sie exklusive Vergünstigungen

Mit unserem Kollektivvertrag erhalten Sie und alle Mitglieder in Ihrem Haushalt einmalige Prämienrabatte auf die Zusatzversicherungen der Visana.

Gerne informieren wir Sie über Ihre Vorteile als Mitglied des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer unter: www.visana.ch/kollektiv/ich

visana
Rundum gut betreut.

Braucht eine Bank Freunde?

Aber ja doch! Umso glücklicher sind wir, den LCH auch weiterhin an unserer Seite zu wissen und seinen Mitgliedern exklusive Vorteile zu bieten.

www.cler.ch/LCH

Bank
Banque
Banca

CLER

Perlenfischen

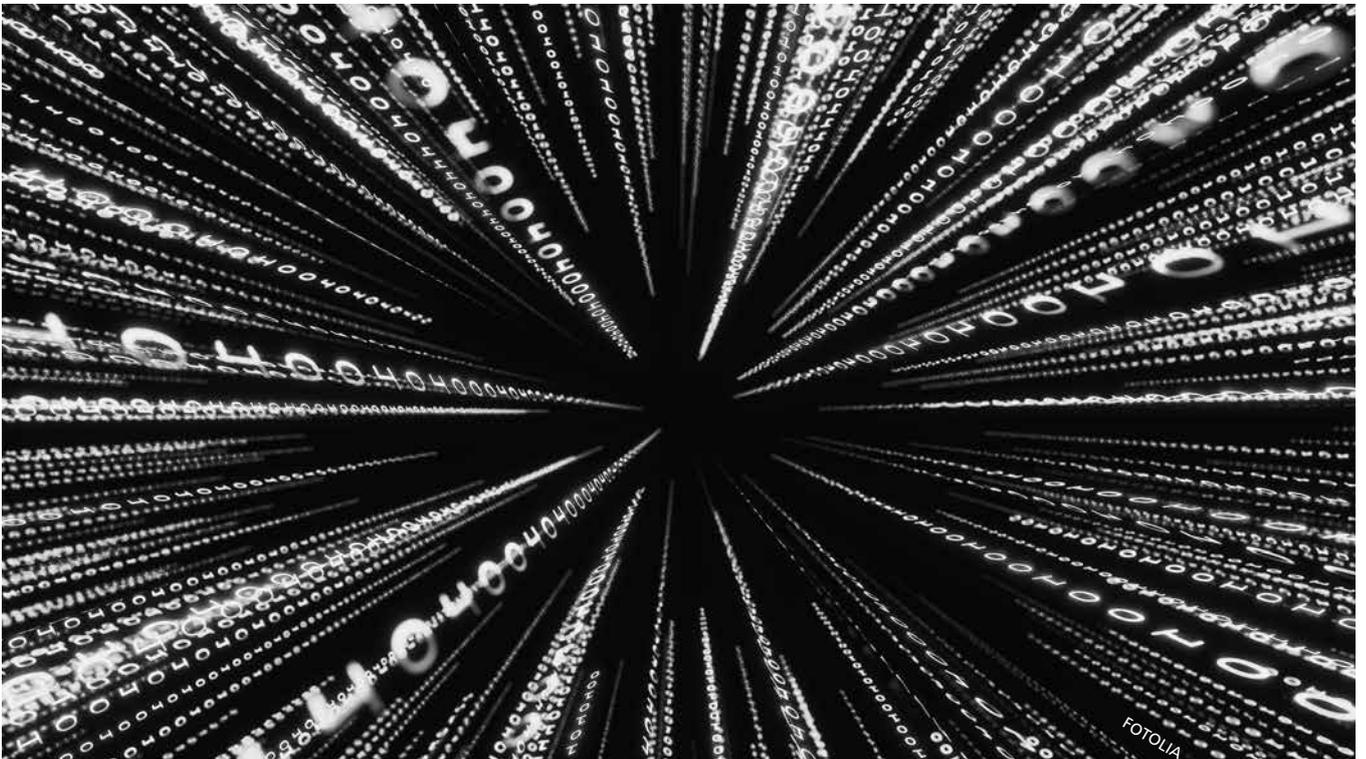
Von Roger von Wartburg

Perle 1: «Weshalb uns das Internet nicht schlauer macht»

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: Michael Furger

Wann: 20. August 2017



«Der fast unbeschränkte Zugang zu Informationen ist wahrscheinlich der bisher grösste gesellschaftliche Umbruch des 21. Jahrhunderts. Vor 20 Jahren ging die Suchmaschine Google an den Start, einige Jahre später das Internet-Lexikon Wikipedia. Dass seither Fragen aller Art innert Kürze beantwortbar sind, hat sich tief in unser Leben eingenistet. Der britische Autor Pico Iyer schrieb jüngst in der «New York Times», dass ein interessierter Leser heute an einem Tag mehr Wissen anhäufen kann als William Shakespeare in seinem ganzen Leben. Wahrscheinlich hat er recht, aber was heisst das? Sind wir mit unserem Zugang zu einem gewaltigen Informationsspeicher Menschen wie Shakespeare tatsächlich tausendfach überlegen? Wissen wir wirklich so viel mehr?

Richard Foreman, ein amerikanischer Regisseur, hat dazu den Begriff des «Pfannkuchen-Menschen» geprägt. Er hat festgestellt, dass komplexes, dichtes Wissen in unseren Köpfen zunehmend verloren geht. Es werde ersetzt durch oberflächliche, schnell verfügbare Informationen aus dem Internet. Der Verstand gleiche damit je länger, je mehr einem Pfannkuchen: sehr breit, aber extrem dünn. Das, was wir heute als unser kulturelles Erbe oder als Bildungskanon betrachten, verschwinde nach und nach, beklagt Foreman. Dafür entstehe eine Art Superbewusstsein, zusammengesetzt aus Informationsteilchen aus dem Netz.

Natürlich ist bei weitem nicht alles im Netz oberflächlich und dünn. Es geht darum, wie wir diese Informationen ab-

«Im Kopf gespeichertes Wissen [...] gibt uns einen Orientierungsrahmen, um jene Informationen einzuordnen, die uns aus dem Netz entgegensprudeln.»

sorbieren: als Häppchen, schnell, querlesend und zusammenhanglos. Das ergibt den Pfannkuchen, und er scheint ein Zukunftsmodell zu sein. Jedenfalls rufen die IT-Pioniere aus dem Silicon Valley und allerlei visionäre Bildungsexperten schon nach einer neuen Art von Bildung. Die Schulen würden heute Zeit damit verschwenden, den Kindern Wissen einzutrichtern, statt ihnen beizubringen, wo und wie sie Informationen flott herunterladen und anwenden können. Die Idee entspricht ganz dem Konzept der Datenwolke. Wissen soll nicht mehr im Kopf gespeichert, sondern ausgelagert werden. Auf unserer biologischen Festplatte gäbe es demnach vor allem Anwendungsprogramme, aber kaum mehr Datensätze. Wir müssen nur noch wissen, wo eine Information zu finden ist. Ihr Inhalt muss uns nicht mehr interessieren.

Mehr Kompetenzen, weniger Wissen – das ist auch die Idee des Lehrplans 21 und somit das künftige Modell für unsere Schulen. Damit wird im Grunde der traditionelle Bildungskanon zu einem Auslaufmodell. Geschichte, Literatur, Geografie: So etwas kann man ja – wenn man es wirklich genau wissen will – aus dem Netz saugen.

Das ist natürlich Unsinn. Denn wie soll jemand einigermaßen erfolgreich durchs Leben kommen mit einem Verstand, den die Internet-Suchmaschinen in die Form eines Pfannkuchens gezogen haben? Wie soll ein solcher Verstand eine gefährliche Idee oder eine perfide Lüge abwehren können? Im Kopf gespeichertes Wissen indes gibt uns einen Orientierungsrahmen, um jene Informationen einzuordnen, die uns aus dem Netz entgegensprudeln. Wissen ist mehr als auswendig gelernte Jahreszahlen. Es ist zum Beispiel ein Verständnis dafür, was im 20. Jahrhundert in Europa passiert ist, samt den komplexen Zusammenhängen. Natürlich wäre das auch im Netz erhältlich, nützt uns dort aber nichts in jenem Moment, in dem wir Neuigkeiten einordnen sollten. Wir wüssten nicht einmal, wonach wir googeln müssten. Mit einigermaßen solidem historischem Wissen hingegen funken die Synapsen sofort. Wir kriechen nicht jedem Populisten auf dem Leim, geraten aber auch nicht wegen jeder idiotischen Politiker-Bemerkung in helle Aufregung.

So gesehen ist es paradox, dass der Abbau von Wissensvermittlung an den Schulen ausgerechnet mit der Einführung von Unterricht in Medienkompetenz einhergehen soll. Es ist, als würde man ein Loch in der Wand mit Klebstreifen schliessen wollen. Woran soll sich der so geformte Medienkompetente denn orientieren, wenn die Daten fehlen?

Dass man Informationen nur verbinden kann, wenn sie im Kopf gespeichert sind, gilt nicht zuletzt für kreatives Den-

ken: Innovationen, Kunst, wissenschaftliche Durchbrüche – sie entstehen häufig durch zufällige Assoziationen von Wissen. Wie soll das funktionieren mit einer leeren Festplatte?

Bei allen unbestrittenen Segnungen des Internets: Wir wissen heute nicht mehr als Shakespeare damals. Dagegen hilft nur eine altmodische Methode: So viel wie nur möglich abspeichern – im Gehirn natürlich. So entsteht das, was ein Psychologieprofessor einst als Gegenkonzept zum Pfannkuchen-Menschen vorgeschlagen hat: der Muffin-Mensch – oben breit, aber mit einem tiefen Sockel.»

Pfannkuchen versus Muffin



Perle 2: «Ein Chefchef für die Lehrer»

Wo: St. Galler Tagblatt

Wer: David Angst

Wann: 9. September 2017

«Die Schulgemeinde Bischofszell erhält als erste im Thurgau einen «Leiter Pädagogik». Mit dieser Funktion erreicht die Entwicklung der Schule eine neue Stufe. Der neue Oberschulleiter ist der Chef aller Schulleiter und steht somit zwei Stufen über dem Lehrer. Dieser ist nun wieder dort angelangt, wo er vor 200 Jahren schon einmal war, nämlich im untersten Segment der Gesellschaft. Anfang des 19. Jahrhunderts gab man die Kinder einem Schulmeister in Obhut, der so wenig verdiente, dass er meist noch einige Ziegen und Hennen halten musste, um durchzukommen.

Dank der Aufklärung, Pestalozzi und der liberalen Bewegung von 1830 machte der Lehrerberuf einen beispiellosen Aufstieg durch alle Schichten hindurch, bis er gegen Ende des 19. Jahrhunderts wie der Pfarrer und der Doktor zur Bildungselite gehörte. Auf dem Land sprach man ihn mit

«Herr Lehrer» an. Einziger Makel: Es ging ihm jede Managerqualität ab. Deshalb erfand der Bildungsapparat Ende des 20. Jahrhunderts den Schulleiter. Man pickte einen Lehrer heraus und machte ihn zum Chef. Um die Kosten im Lot zu halten, verteilte man seine Schüler auf die anderen Lehrer. Leider nahmen in der Folge die Burn-outs im Lehrkörper etwas zu.

Da hilft nur eins: Eine neue Kaderstufe. Und diese ist nun geschaffen worden unter dem Titel «Leiter Pädagogik». Es dürfte künftig für einen normalen Lehrer fast unmöglich sein, einmal den Schulpräsidenten persönlich kennen zu lernen. Was noch fehlt, ist, dass man den Lehrern den Lohn so weit kürzt, dass sie im Nebenerwerb wieder einen Kleinbauernbetrieb führen müssen, um zu überleben. Vielleicht bekommen sie dann weniger häufig ein Burn-out.»



Perle 3: «Der feine Unterschied zwischen Leistung und Leistungslohn»

Wo: Basler Zeitung

Wer: Edward E. Murphy (alias Andreas Schwander)

Wann: 22. September 2017



«Der Homo Oeconomicus ist eine Erfindung der Ökonomen. Sie meinen nämlich, herausgefunden zu haben, dass Menschen mehr oder weniger konsequent immer nur ihrem eigenen Vorteil nachrennen. Kurz, Ökonomen gehen davon aus, dass alle Menschen genauso ticken wie sie selber – einer von vielen Irrtümern dieser Zunft. Das Problem der Ökonomen ist dabei, dass sie sich mit ihren Fehleinschätzungen nicht auf eine Branche konzentrieren. Wenn Schmiede sich kollektiv irren, bleibt's beim Eisen. Wenn die Lehrmittelplaner mal ihre tausend Blätter durcheinanderbringen und die Kinder mit «Mille feuilles» die französische Sprache als Buch mit sieben Siegeln empfinden, ist die Mathematik vom Problem unbeeindruckt.

Aber Ökonomen sind überall, wo etwas ökonomisch funktionieren sollte. Sie sind sozusagen eine metastasierende Berufsgattung. Und wenn sie mal ausgebrochen sind, funktioniert oft gar nichts mehr – schon gar nicht ökonomisch. Eine typische Ökonomen-Glanzidee ist der Leistungslohn. Wer mehr leistet, soll mehr bekommen. Eigentlich gut gemeint. Und dass die Idee bei ökonomisch-egoistisch funktionierenden Bankern wunderbar funktioniert, wurde mit dem Bonus-System ja schon hinlänglich bewiesen. Das Banker-Vieh ist leistungslohngetrieben dermassen enthusiastisch der Bonus-Karotte vor seiner Nase nachgerannt, bis sie selber, und die Weltwirtschaft gleich mit ihnen, beinahe über die Klippe gestürzt wären. Jetzt, wo sie durch

viele Regulierungszäune eingehagt und ruhiggestellt werden mussten, jammern sie. Es sei langweilig, und Karotten gäbe es auch keine mehr.

Was bei Bankern nicht funktioniert, klappt bei Lehrerinnen, Polizisten, Krankenpflegerinnen oder Uhrmachern wohl auch nicht. Denn wie misst man ihre Leistung? An den ausgestellten Bussenzetteln? An der Zahl der gesteckten Infusionen? An den Noten, welche die Lehrer selber verteilen? Klar, jetzt strecken die Ökonomen auf und verkünden der Klasse, dass man alles messen könne – mit Tests, Formularen, Sitzungen und Prozessen: alles bewährte Methoden der Mitarbeiterleistungssteigerung.

Als Erstes gibts eine Leistungslohn-Task-Force. Sie organisiert Sitzungen und Hearings mit allen «Stake-Holdern». Personalkommission und Branchenvertreter kommen dazu, bis sich das Administrationskarussell mit mehreren Vollzeitstellen und externen Beratern schwungvoll dreht. Und weil es überall vorgestrigte Bremser gibt, die sich gegen jeglichen «Change» wehren, muss man die ursprüngliche Idee nach einer Projektlaufzeit von mehr als einem Jahr auf ein paar Prozent der Gratifikation reduzieren. Die aufgelaufene Überzeit, verursacht durch die vielen Sitzungen und weil die eigentliche Arbeit ja auch gemacht werden muss, wird teilweise kompensiert, teilweise ausbezahlt, die Kosten bewegen sich locker im sechsstelligen Bereich. Doch der Leistungslohn wird eingeführt, ein Hoch auf die Ökonomen und die Karotten, alles ein voller Erfolg.

«Leistungslohne, bei welchen jene Chefs die Leistung beurteilen dürfen, die gleichzeitig die Jahresziele setzen, sind ein traumhafter Werkzeug- und Experimentierkasten für Profi-Intriganten.»

Die Schäden beziffert dann niemand. Leistungslohne, bei welchen jene Chefs die Leistung beurteilen dürfen, die gleichzeitig die Jahresziele setzen, sind ein traumhafter Werkzeug- und Experimentierkasten für Profi-Intriganten. Sie haben ein extrem hohes Potenzial für heftige Explosionen, schwarze und rote Köpfe. Im Resultat schwindet die Motivation, die kompetentesten Leute kündnen, die Leistung sinkt, der Lohn bleibt gleich, aber die Kosten steigen, und am Schluss definiert der Leistungslohn im besten Fall noch das, was früher selbstverständlich war. Zufrieden sind dabei eigentlich nur die Ökonomen. Sie haben ihre Karotte.»

Perle 4: «Merkt eigentlich niemand, dass Heterogenität in einer Klasse kein Sparmodell, sondern eine ziemlich teure Angelegenheit ist?»

Wo: www.news4teachers.de

Wer: Rainer Dollase

Wann: 20. Oktober 2017

«Nach jeder Vergleichsstudie [...] immer dasselbe Theater: mit dem Brustton der Überzeugung werden die Schuldigen für das schwache Abschneiden von Nordrhein-Westfalen, Bremen, Berlin und Hamburg lautstark verkündet. So als ob in den Hitparaden der Leistung Menüs aufpoppen: hier liegt es an fehlenden Gesamtschulen, dort an zu wenigen Lehrern, hier an den Eltern, den Flüchtlingen und dort selbstverständlich an der Digitalisierung. Keine dieser Deutungen muss richtig sein. Keine der Vergleichsuntersuchungen ist kausal belastbar, kann also Auskunft geben über die wahren Ursachen.

Aber wenn immer dieselben Länder hinten liegen, aus denen übrigens die lautesten Stimmen reformfreudiger Erziehungswissenschaft tönen, sollte auch all das, was landauf landab als Krönung pädagogischer Kunst gepriesen wird [...], auf den Prüfstand gestellt werden. [...] Nichts war wirklich erfolgreich: weder [...] die Gesamtschule [...] noch Einschulung mit 5 Jahren [...] noch jahrgangübergreifendes Lernen [...] – die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. [...]

Was also sollen wir tun? [...] Die Bildungspolitik kann den grassierenden Kausal-Unsinn diverser Interessengruppen nicht einfach so stehen lassen – die Eröffnung eines vorurteilsfreien Diskurses über Ursachen, Fakten und Fakes, alternative Fakten und populistische Vereinfachungen (auch durch Zahlen) ist ihre vorrangige Aufgabe.

Beispiele gefällig? Die können nur die Form von Fragen haben: Die Vergleichsstudien liefern nur Mittelwerte – an den einzelnen Schulen herrschen manchmal Verhältnisse, die im lauwarmen Durchschnittsgesäusel völlig untergehen. Kann man zum Beispiel einer Grundschule mit rund 250 SchülerInnen, davon 53 Inklusionskindern, 175 «Bildung und Teilhabe»-Berechtigten, 68 bekannten Fällen von Gewalt und Missbrauch in der Familie, 12 schwer traumatisierten Kindern (natürlich ist der Migrationsanteil ungefähr bei 85%) dieselben Unterrichtsmethoden wie der Grundschule in einem Villenviertel empfehlen (mit 1 Migrationskind)? Wohl kaum.

Darf man überhaupt von einer deutschen Grundschule erwarten, dass sie dasselbe leistet wie eine finnische, der beim Sprachunterricht in jedem Unterricht immer eine Logopädin und fast immer eine Assistenzlehrkraft zur Seite

steht? Merkt eigentlich niemand, dass Heterogenität in einer Klasse kein Sparmodell, sondern eine ziemlich teure Angelegenheit ist, weil für die zu bewältigenden Aufgaben mehr Personal benötigt wird? Dass Heterogenität Lehrkräften und Schülern eine Menge an Anstrengung, Stress und Frust abverlangt?

Denkverbote darf es jetzt nicht mehr geben. Der im Gefolge zu grosser Heterogenität entstehende «Arbeitsblattunterricht» vermindert übrigens massiv den sprachlichen Input der Lehrpersonen, der gerade bei Heterogenität und dem hohen Migrationsanteil für die Sprachentwicklung bitter notwendig wäre. Stattdessen lesen die Kinder auf den Arbeitsblättern rudimentäre Imperative wie «Denke nach!» und «Kreuze an!». [...] Defizitäre Sprachentwicklung wird durch Mangel an sprachlicher Interaktion mit einem erwachsenen Sprachvorbild erzeugt – und fehlende Motivation und Interesse am Schulstoff ebenso.

Denkverbote verboten:

«Alle Konzepte der Vergangenheit müssen auf den Prüfstand.»



Die Schönfärberei und Erfolgsheuchelei in den Schulen und der Bildungsadministration [...] muss aufhören – alle Konzepte der Vergangenheit müssen auf den Prüfstand.»

Perle 5: «Lasst Kinder Kinder sein»

Wo: Tages-Anzeiger

Wer: Matthias Meili

Wann: 15. November 2017



Immer mehr Kinder und Jugendliche sind von Burn-out betroffen, die Anzahl der Depressionen bei den Jungen und Allerjüngsten wächst. Die Notfallaufnahmen in den Psychiatrien haben sich in den vergangenen Jahren vervielfacht.

«Kinder sind verspielt, aktiv, haben Freundinnen und Freunde, lachen gern – und ja, sie dürfen auch kreischen und schreien. Doch das ist eine Wunschvorstellung. Die Realität ist eine andere – und auch die ist erst mal gar nicht negativ. Der deutsche Kinderpsychiater Michael Schulte-Markwort hat sie treffend beschrieben: «Kinder sind nicht nur glücklich, sie sind nachdenklich, fröhlich, verzweifelt – sind alles, was Erwachsene auch sind.» Dies zu akzeptieren, wäre schon einmal die halbe Miete im Umgang mit Kindern. Sie können auch mal traurig, niedergeschlagen, depressiv sein. Aber dann brauchen sie eine helfende Hand, eine liebende Mutter, einen fürsorglichen Vater oder gute Freunde.

Was diese Kinder sicher nicht brauchen, sind Psychiater und Antidepressiva. Aber Zeit und Raum, um sich die Welt spielerisch anzueignen, wie es ihrem Alter entspricht – davon können sie nicht genug haben. Plus vielleicht eine Aufgabe, die sie fordert und anregt. Michel Seiler, der eine Stätte für schwierige Jugendliche im hintersten Emmental führt, sagt: «Holzhacken ist heilsam.» Es braucht Kraft und Bewegung, man riecht das Holz, erlebt die Natur und lernt erst noch Bruchrechnen.

Doch diese heile Welt hat längst Risse. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind von Burn-out betroffen, die Anzahl der Depressionen bei den Jungen und Allerjüngsten wächst. Die Notfallaufnahmen in den Psychiatrien haben sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. [...] Die Trends sind besorgniserregend. Ein Malaise lässt sich nur noch

leugnen, wenn man beide Augen schliesst und die Ohren auf taub stellt. Die klinischen Fälle sind nämlich das alarmierende Signal für ein tiefer liegendes gesellschaftliches Problem. Es lässt sich in drei Punkten schildern.

Erstens: [...] Wir wollen immer das Optimum, die besten Schulen, die schönste Freizeit, den höchsten Lohn. Selten werden diese Anforderungen offen ausgesprochen. [...] Doch Kinder haben ein feines Gespür für Erwartungen. [...] Psychiater sagen, dass sich ihre kleinen Patienten selber einem enormen Leistungsdruck aussetzen, vor allem die Mädchen – und oft daran scheitern.

Zweitens: [...] Bereits im Kindergarten werden die Fähigkeiten der Kinder in peinlich genauen Beurteilungsbogen erfasst. Wie ist das Sozialverhalten? Wie entwickeln sich die sprachlichen, wie die mathematischen Fähigkeiten des Kindes? Grobmotorisch, feinmotorisch? Alles müssen die Lehrer pedantisch ausfüllen und kommentieren. Der Beurteilungsbogen im Kindergarten erinnert eher an ein Assessment für einen Managerposten als an die Wertschätzung für einen Dreikäsehoch.

Drittens: [...] Wo es früher bei der Berufswahl darum ging herauszufinden, was man gerne macht, gilt es heute Schwächen und Stärken zu analysieren. Auch das beginnt schon früh. In den ersten Schuljahren gibt es zwar keine Noten, aber die Fixierung auf die Schwächen der Kinder sticht ins Auge. [...] Das Elterngespräch dreht sich zu drei Vierteln darum, was das Kind besser machen kann. Und wo es nicht der Norm entspricht, wird es aus der Klasse genommen und gefördert, mit Heilpädagogik, Psychomotorik, Ergotherapie. Doch die gut gemeinte Botschaft kommt anders an. Wo habe ich versagt? Wo muss ich mich mehr anstrengen?

Wenn dann noch Mobbing, der ständige Vergleichsdruck in den sozialen Netzwerken oder gar schwierige Familiensituationen dazukommen, blocken viele Kinder ab. Sie werden zu «Schulleichen», die keinen Millimeter vorankommen, wenn etwas von ihnen verlangt wird. Und brauchen doch noch einen Psychiater.»

BESTER SCHUTZ UND ATTRAKTIVE PRÄMIEN FÜR MITGLIEDER LCH.

Exklusiv versicherbare Zusatzleistungen in der Haushaltversicherung:

- Rechtsschutz für Strafverfahren wegen Nichterfüllung der Aufsichtspflicht
- Schulreise Assistance

Jetzt Prämie berechnen und Offerte einholen.

zurich.ch/de/partner/login
Ihr Zugangscode: YanZmy2f

0800 3388 33

Mo–Fr von 8.00–18.00 Uhr
Bitte erwähnen Sie Ihre LCH-Mitgliedschaft.



**ZURICH VERSICHERUNG.
FÜR ALLE, DIE WIRKLICH LIEBEN.**

ZURICH®



LVB-Mitglieder profitieren von bis zu 45% Rabatt aufs Mobilabo.

Gleich
anmelden auf
lvb.ch/sunrise

connect
ÜBERRAGEND
Sunrise Mobilfunknetztest Heft 1/2017
www.connect.de/netztest

connect
TESTSIEGER
Sunrise Mobilfunknetztest Heft 1/2017
www.connect.de/netztest

Sunrise

LVB-Informationen

Abstimmungserfolg vom 24. September: Engagement lohnt sich!

Hinsichtlich der Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» ist die Stimmbevölkerung mehrheitlich der Parole der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP), bestehend aus dem LVB, dem Personalverband der Polizei Baselland PVPBL, dem Verein des Staats- und Gemeindepersonals VSG sowie dem Verband des Personals öffentlicher Dienste vpod, gefolgt und hat die Initiative abgelehnt.

Bei dieser Vorlage hat die ABP den gesamten Abstimmungskampf eigenhändig organisiert, Fotos hergestellt, 1000 Plakate drucken und aufhängen lassen, Flyer gedruckt und verteilt sowie eine Medienkonferenz organisiert. All dies wurde durch Mitgliederbeiträge finanziert. Jeder der vier genannten Verbände hat sich mit einer grossen vierstelligen Summe beteiligt.

Wie schon bei der Abstimmung rund um die BLPK-Reform von 2015 hat sich dieses Engagement eindeutig gelohnt. Dabei hat es sicher eine Rolle gespielt, dass sowohl die «Basellandschaftliche Zeitung» wie auch die «Basler Zeitung» wohlwollend über unsere Medienkonferenz berichtet und auch darüber hinaus unser Nein unterstützt haben. Die Plakat- und Flyerkampagne ist gemäss den bei uns eingegangenen Rückmeldungen in der Bevölkerung gut angekommen, und der medienwirksame Beginn des «Stillen Protests» vom 14. September hat rechtzeitig vor der Abstimmung noch einmal die Anliegen des Staatsapparats ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Diese Botschaft sollten Sie unbedingt auch denjenigen Ihrer Kolleginnen und Kollegen übermitteln, die sich weiterhin mit dem Argument, die Berufsverbände erreichten ja eh nichts, einer Mitgliedschaft im LVB oder in einem anderen Berufsverband verweigern: Doch, unser Engagement bewirkt sehr wohl etwas, und zwar immer wieder!

Und es profitieren davon sogar diejenigen, die dieses Engagement selbst nicht mittragen! Dass es aber weiterhin (zu) viele Lehrpersonen gibt, die indirekt von Mitgliederbeiträgen profitieren, die zur Gänze ihre Kolleginnen und Kollegen entrichten, ist eine Ungerechtigkeit, die Sie als Beiträge zahlendes Mitglied diesen Kolleginnen und Kollegen durchaus freundlich, aber gleichwohl deutlich vor Augen führen dürfen.

Mit der geplanten Änderung des Pensionskassendekrets und einem weiterhin zunehmenden Druck auf die Löhne (der sich nach der Annahme des Gegenvorschlags zum Finanzhaushaltsgesetz noch einmal erhöhen wird) droht dem Staatsapparat neues Ungemach, und die Personalverbände werden weiterhin intensiv gefordert bleiben. Unsere Aktion «Stiller Protest im Landrat» wird nur schon deshalb konsequent weitergeführt.

Doch auch darüber hinaus engagiert sich die LVB-Geschäftsleitung weiter für Sie: in unzähligen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Gremien, im direkten Kontakt mit Landrätinnen und Landräten, bei der Regierung, in den Medien und dort, wo es unausweichlich ist, auch vor Gericht.



Landrat erklärt eine der zwei LVB-Initiativen für teilungültig LVB ficht Entscheid an

In der Sitzung vom 19. Oktober 2017 hat der Landrat – dem von der Regierung angeforderten und von der Landeskantlei erarbeiteten Gutachten folgend – die LVB-Initiative «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen!» für teilweise ungültig erklärt. Der Schutz des Anteils der gestalterischen, musischen und handwerklichen Fächer sowie der individuellen Vor- und Nachbereitungszeit pro Lektion würden also nach dem Willen des Landrats nicht zur Abstimmung gelangen. Für die Gültigkeit der Initiative stimmten lediglich die Mitglieder der Grünen-Unabhängigen. Zuvor war ausserdem ein Antrag des grünliberalen Landrats Matthias Häuptli, die Initiative als vollständig ungültig zu erklären, abgelehnt worden.

Innerhalb der nur gerade dreitägigen (!) Beschwerdefrist hat der LVB gegen diesen Entscheid beim Kantonsgericht Einsprache erhoben und diese Einsprache zusammen mit einem Kurzgutachten von Prof. Dr. Andreas Stöckli (Universität Basel) eingereicht. Prof. Stöckli kommt zum Schluss, dass unsere Initiative keineswegs «offensichtlich» rechtswidrig sei (eine Ungültigkeitserklärung wäre nur bei «offensichtlicher» Rechtswidrigkeit zulässig), sondern hält die Argumentation des Rechtsdienstes des Regierungsrats für «schlicht falsch».

Wir sehen daher intakte Chancen, dass das Kantonsgericht den Entscheid des Landrats korrigiert und unsere beiden Initiativen mit dem vollständigen Wortlaut zur Abstimmung gelangen können. Selbstverständlich werden wir Sie umgehend per Newsletter über die weiteren Entwicklungen informieren.

Vernehmlassungsantwort des LVB hinsichtlich der Totalrevision des Schulgesundheitsgesetzes

Das Schulgesundheitsgesetz des Kantons Basel-Landschaft regelt gemäss dem Begleitschreiben zur Vernehmlassung die Vorsorgeuntersuchungen der Schülerinnen und Schüler in den Schulen und die Aufgaben der Schulärztinnen und Schulärzte für die Schulen des Kantons Basel-Landschaft. Dies ist heute so und soll gemäss dem Entwurf des neuen Schulgesundheitsgesetzes auch zukünftig so sein.

Der Begriff der Schulgesundheit umfasst in Gegenwart und Zukunft jedoch bedeutend mehr als nur Vorsorgeuntersuchungen und die Rolle der Schulärztinnen und Schulärzte. Gesundheit an den Schulen beinhaltet neben den im Gesetz thematisierten hygienischen Zuständen in den Klassenzimmern auch Fragen zur Schulzimmergrösse, zu den klimatischen Bedingungen in den Schulzimmern (CO₂-Gehalt, Temperatur), zum Lärmpegel, zur Belastung mit giftigen Substanzen (Formaldehyd, Asbest u.v.a.m.), zur Ergonomie von Tischen und Stühlen sowie zur Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer. Letzterer widmete sich beispielsweise der Nationale Bildungstag vom 31. August 2017 in Bern, an welcher u.a. Bundesrat Alain Berset als oberster eidgenössischer Gesundheitspolitiker teilnahm und sprach.

Akuter Handlungsbedarf besteht. So zeigen Studien von Dr. Claude Sidler (Institut für Arbeitsmedizin), dass etwa der CO₂-Gehalt in Schulzimmern häufiger *über* als *unter* dem Grenzwert von 1000 ppm liegt und teilweise bis auf das Vierfache (!) dieses Grenzwertes ansteigt.¹

Wenn ein Kanton im Jahr 2017 ein Schulgesundheitsgesetz totalrevidiert und dabei nicht bemerkt, welche Aspekte in einem den Erfordernissen unserer Zeit genügenden Schulgesundheitsgesetz über die seit 1955 etablierten Themen hinaus zwingend geregelt werden müssen, erübrigt sich eine Detailkritik. Wir können den Verantwortlichen nur dringend anraten, sich zunächst grundsätzlich und gründlich über den aktuellen Stand der anderswo geführten Auseinandersetzungen mit dem Thema Schulgesundheit zu informieren und dann einen neuen Entwurf vorzulegen, der den heutigen Anforderungen an ein Schulgesundheitsgesetz gebührend Rechnung trägt.

¹ https://www.lch.ch/fileadmin/files/documents/Medienmitteilungen/161129_Studie_Arbeitsmedizin_ifa_Baden_lang.pdf, S. 27 ff

Studentafel Sek I im Bildungsrat in deutlich verbesserter, wenn auch nicht perfekter Form beschlossen

Am 18. Oktober 2017 hat der Bildungsrat seinen eigenen Beschluss vom 30. Mai 2017 revidiert und noch einmal eine neue Studentafel für die Sek I beschlossen. Vorausgegangen war eine intensive Phase mit hitzigen Diskussionen, politischen Vorstössen und unzähligen Gesprächen. Auch der LVB hat sich hartnäckig und aufwändig für eine konsensuale Lösung eingesetzt, die schliesslich erreicht werden konnte. Direktionsvorsteherin Monica Gschwind bedankte sich explizit für den wichtigen Beitrag des LVB.

Blicken wir kurz zurück: Bereits im Frühjahr 2017 hatten sich die Sek-I-Mitglieder des LVB im Rahmen einer während des Vernehmlassungsverfahrens durchgeführten Umfrage zu grossen Teilen skeptisch bis ablehnend zum Entwurf der neuen Studentafel geäussert. Die Kritik konzentrierte sich im Wesentlichen auf drei Punkte:

1. Es wurde als falsch angesehen, Biologie, Chemie und Physik über drei Jahre hinweg mit nur je einer Wochenlektion zu dotieren; eine Konzentration auf einzelne Schuljahre mit entsprechend höherer Dotation pro Woche wurde favorisiert.
2. Die Dotation der Fächer Geschichte und Geografie mit je 1.5 Wochenlektionen pro Schuljahr wurde als zu gering angesehen.
3. Die Entscheidung, für die Niveaus A, E und P identische Studentafeln zu beschliessen, fand ebenfalls sehr wenig Zustimmung.

Der Bildungsrat machte zunächst trotzdem keine Anstalten, den Entwurf noch einmal zu überarbeiten. Als Folge davon entstand politischer Druck: Pascal Ryf (CVP) brachte im Landrat eine Motion ein, welche verlangte, dass alle Promotionsfächer, welche in einem bestimmten Jahr auf der Sek I unterrichtet werden, eine Dotation von mindestens zwei Wochenlektionen erhalten sollen. Und das Komitee «Starke Schule beider Basel» lancierte eine Volksinitiative, welche explizit forderte, dass die Fächer Biologie, Chemie, Physik, Geschichte und Geografie in jedem Jahr, in welchem sie auf der Sek I unterrichtet werden, mit mindestens zwei Wochenlektionen dotiert werden. Innerhalb weniger Wochen – und trotz Sommerferien – unterschrieben fast 3000 Stimmberechtigte diese Initiative.

In dieser gleichermaßen volatilen wie aufgeheizten Situation befragte der LVB seine Sek-I-Mitglieder noch einmal und deren Votum war eindeutig: Fast 83% sprachen sich dafür aus, die Studentafel noch einmal zu überarbeiten. Dies verstand die LVB-Geschäftsleitung als Auftrag, sich für eine verbesserte Lösung einzusetzen. Dementsprechend pendelte der LVB als Ideenlieferant und Vermittler über den Sommer hinweg unermüdlich zwischen den verschiedenen Akteuren hin und her. Erklärtes Ziel dabei war es, eine Lösung zu finden, welche es möglich machen würde, die politischen Vorstösse zurückzuziehen, um im Herbst 2017 eine definitive Lösung für das Schuljahr 2018/19 vorliegen zu haben. Andernfalls hätte es für die Sekundarschulen keine Planungssicherheit gegeben.

Am Ende dieses langen Weges steht nun ein Ergebnis, das zwar nicht nur, aber auch dank des Einsatzes des LVB möglich geworden ist. Sie finden die neue Studentafel online unter www.lvb.ch.

Naturgemäss ist eine Studentafel immer ein Kompromiss und nicht alle berechtigten Wünsche und Anliegen können berücksichtigt werden. So ist zum Beispiel die Herabstufung des Faches Geografie auf nurmehr vier Lektionen (je deren zwei im 1. und 3. Sekundarschuljahr mit einem Unterbruch im 2. Schuljahr) auch aus Sicht des LVB alles andere als optimal.

Es gab mehrere Gründe, die dazu geführt haben, dass am Schluss die Geografie am meisten verloren hat. Der erste Grund sind die seit Langem bestehenden Klagen der ausbildenden Betriebe über mangelnde Mathematikkenntnisse der Schulabgänger, denen mit einer Erhöhung der Lektionenzahl in Mathematik begegnet wurde – wodurch diese Lektionen aber zwangsläufig woanders fehlen mussten. Der zweite Grund ist der Druck, Chemie spätestens im 2. Schuljahr der Sek I zu unterrichten, damit die Schülerinnen und Schüler im Berufswahlprozess schon wissen, ob ihnen dieses Fach zusagt (dadurch musste im 2. Schuljahr ein anderes Fach weichen) und schliesslich wurde in Hinblick auf die zu stärkende politische Bildung Geschichte höher gewichtet als Geografie. Selbstverständlich wäre es dem LVB lieber gewesen, eine von allen Akteuren gestützte Lösung finden zu können, welche für Geografie ebenfalls über die 3 Sekundarschuljahre hinweg ein Modell 2-2-2 beinhaltet hätte. Unter den gegebenen Voraussetzungen war dies jedoch nicht realisierbar.

Um die Herabstufung der Geografie abzumindern, wartet der LVB sogleich mit zwei neuen Vorschlägen resp. Forderungen auf:

1. Auf der Sek II ist das Fach Geografie zu stärken. So wurden z.B. an den Gymnasien im Zuge der Verlängerung von 3.5 auf 4 Jahre mehrere Fächer um ein halbes Jahr verlängert, nicht aber Geografie – dies auch im Gegensatz zu Basel-Stadt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um das zu korrigieren! Der LVB hat diese Forderung bereits auf die Pendenzenliste des Bildungsrats setzen lassen.
2. Für das zweite Schuljahr der Sek I machen wir die Schaffung eines Freifaches Geografie beliebt, welches Themen abdecken soll, die weder im neuen Lehrplan der Primarstufe noch im 1. und 3. Schuljahr der Sek I abgedeckt werden. Wir sehen gute Chancen, dass ein solches Angebot bei entsprechend attraktiver Ausgestaltung auf grosses Interesse stossen wird.

Es sei noch einmal ganz klar gesagt: Wir haben Verständnis für frustrierte Reaktionen insbesondere seitens Lehrpersonen, welche Geografie, Werken, Textiles Gestalten oder Hauswirtschaft unterrichten, die allesamt in der revidierten Stundentafel Verluste zu beklagen haben. Dennoch ist nach unserem Dafürhalten die revidierte Stundentafel *in ihrer Gesamtheit* klar besser als ihre Vorgängerversion: Die ungeliebten Ein- und Eineinhalbstundenfächer sind gänzlich aus der Welt (respektive aus der Stundentafel) geschafft, die Aufteilung im Bereich NaTech ist zielführender, die sture Gleichschaltung der Stundentafel für die Niveaus A, E und P wurde aufgeweicht und auch das Fach Geschichte konnte wieder aufgewertet werden. Darüber hinaus ist das politische Hickhack beendet, sodass die neue Stundentafel plangemäss ab Schuljahr 2018/19 aufsteigend in Kraft treten kann.

Nutzen Sie unser Angebot «LVB auf Schulbesuch»!

Es besteht weiterhin die Möglichkeit, eine Delegation der LVB-Geschäftsleitung in Ihren Gesamtkonvent einzuladen. Viele Schulen im Kanton haben in den letzten drei Jahren von diesem Angebot Gebrauch gemacht und die Rückmeldungen dazu sind hervorragend.

Gerne präsentieren wir Ihrem Kollegium unseren Verband, berichten über unsere Arbeit und zeigen gewerkschaftliche und bildungspolitische Zusammenhänge auf. Bei Bedarf können Sie auch thematische Schwerpunkte bestimmen, die wir vertieft darlegen. Zuletzt war z.B. die Entwicklung der Pensionskasse BLPK ein Renner.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren! Wir finden sicher einen Termin und ein gutes Zeitfenster für unseren Besuch an Ihrer Schule!

VON DEN ANSPRÜCHEN AN DIE PRIMARSTUFE



Strichwörtlich

Von Michèle Heller

Das Schwarze Brett

Am Vorabend des 2. Weltkriegs schreibt der kleine Schweizer See Motorboot-Historie

Im Spätsommer 1938 wird der lauschige Hallwilersee im schweizerischen Mittelland zum Schauplatz eines Motorboot-Weltrekord-Versuchs. Initiant ist der vornehme englische Automobil- und Bootrennfahrer Sir Malcolm Campbell.

Das ehrgeizige Unterfangen gelingt: Am 17. September stellt der international bekannte Pilot einen fantastischen Weltrekord auf: In seinem selbst konstruierten Rennboot BLUEBIRD K3 brettert er mit 210.67 Stundenkilometern über das spiegelglatte Gewässer. Vor Ort beobachten Abertausende ein Spektakel, das weltweit für Schlagzeilen sorgt.

Die Geschichte dieses Weltrekords ist gut dokumentiert und kann auch Schulklassen in verschiedenen Formen (Film, Schulausflug) erlebbar gemacht werden.

www.malcolm-campbell.ch

«Hoppelihoop» mit vielen kreativen Ideen zum Musizieren

Ob in der Badi, an der Fasnacht oder im Advent: Hase Hoppelihoop kennt für jede Gelegenheit ein passendes Lied. Der aufgeweckte Hase Hoppelihoop führt durch die 20 tollen Lieder des gleichnamigen Musikwerkbuchs von Eva und Katrin Zihlmann, das von Isabelle Kurmann Meyer liebevoll illustriert wurde. Das Buch gibt viele konkrete Ideen zum Singen und Musizieren mit Kindern von ca. 4-8 Jahren. Das Buch ist auf die Kompetenzbereiche des Lehrplans 21 ausgerichtet. Für jedes Lied gibt es Arrangements, mit denen die Kinder die Lieder begleiten lernen, sowie Begleitvorschläge für Klavier, Gitarre und Ukulele.

www.hoppelihoop.ch

Schneesport-Tage: Vielseitiger Stoos

Das Schneeparadies Stoos bei Schwyz überzeugt durch die zentrale Lage und vielseitige Schneesport-Möglichkeiten in einem überschaubaren Gebiet. Hier kann man Schneeschuhenlaufen, Schlitteln, Airboarden, Winterwandern, Langlaufen und natürlich Skifahren und Snowboarden. Besonders die Alternativen Schneeschuhenlaufen und Schlitteln lassen sich für Nicht-Skifahrer ideal kombinieren. Der Stoos bietet separate Schneeschuhen-trails und Schlittelpisten und das Mietmaterial vor Ort. Im günstigen Car-Kombi-Angebot (An-/Abreise ab Schulhaus inkl. Ticket) sind alle Teilnehmer zum günstigen Einheitspreis dabei. Aus der Region Baselland geht's bereits für CHF 44 pro Person in den Schnee.

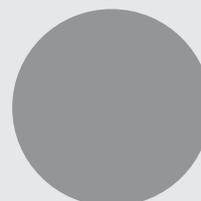
www.stoos.ch/schulen-winter oder 041 818 08 08.

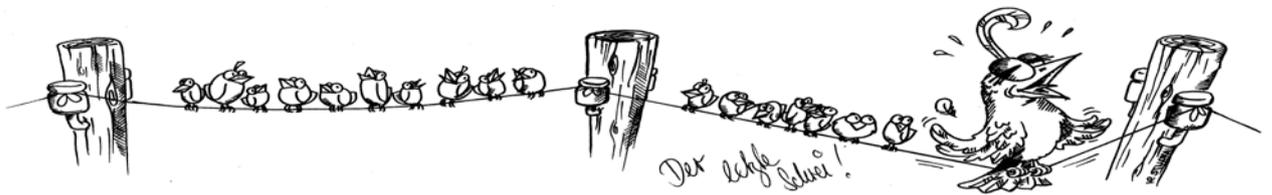


Demokratiebausteine: Mitbestimmungsrechte

Die «Demokratiebausteine» sind angeleitete Lernmodule, in denen sich Jugendliche und junge Erwachsene interaktiv mit grundlegenden Werten und Zielkonflikten in der Demokratie beschäftigen. Im Modul zum Thema Mitbestimmungsrechte diskutieren die Teilnehmenden z.B. Regelungen aus verschiedenen Demokratien und besprechen aktuelle Fragen, die im Bezug zu ihrer eigenen Lebenssituation stehen. Die Workshops dauern von einer Doppelstunde bis zu zwei ganzen Tagen (12 Lektionen).

www.demokratiebausteine.ch





Der letzte Schrei Widersprüche

Von Roger von Wartburg

Das Leben ist voller Widersprüche. Der fundamentalste Widerspruch überhaupt besteht womöglich darin, dass wir alle geboren werden, um zu sterben. Wobei man diesen unumstösslichen Umstand natürlich vollkommen unterschiedlich beurteilen kann. Der eine wird darauf beharren, es sei doch furchtbar tragisch, dass es dem Menschen aufgrund der Begrenztheit seines irdischen Daseins verunmöglicht bleibe, all das zu tun, was er tun zu müssen glaubt. Ein anderer wird entgegen, dass das Leben gerade daraus erst seinen Reiz beziehe, denn nur die Gewissheit, niemals *alles* Erstrebenswerte realisieren zu können, verleihe dem Individuum immer neuen Antrieb, wenigstens so viel wie möglich davon zu schaffen.

Alexander Solschenizyn, in jungen Jahren überzeugter Atheist, als Folge seines Leidens im Gulag aber mit Nachdruck zum orthodoxen Christentum konvertiert, vertrat die Ansicht, die Begrenztheit unseres Lebens weise uns unsere eigentliche Aufgabe auf Erden zu: die geistige. Diesen Sprung in die Transzendenz vermochte Albert Camus dagegen nicht zu leisten. Er erkannte in der Widersprüchlichkeit des menschlichen Daseins den Ausdruck von Absurdität. So beschreibt Camus in seinem «Mythos von Sisyphos» das Absurde unter anderem im Missverhältnis zwischen den menschlichen Bestrebungen und der Wirklichkeit, im Widerspruch zwischen den tatsächlichen Kräften des Menschen und den gesteckten Zielen, zwischen Hoffnung und Ergebnis. Angesichts dieser Malaise blieb Camus' Haltung glasklar: Die absurd anmutende Widersprüchlichkeit der eigenen Existenz ist auszuhalten, ohne daran zu verzweifeln. «Vivre, c'est ne pas se résigner», schrieb er in einem seiner Essays.

Auch die Schule steckt voller Widersprüche, die in den vergangenen Jah-

ren eher mehr denn weniger geworden zu sein scheinen. Nur ein paar Beispiele unter vielen:

- Seitens der Politik wird zeitgleich sowohl der Harmonisierung wie auch der Teilautonomie der geleiteten Schulen das Primat zuerkannt.
- Obwohl Kinderärzte alarmiert sind über immer mehr Primarschulkinder mit Burnout-ähnlichen Symptomen, werden die Stundentafeln von Drittklässlern dergestalt aufgeblasen, dass die Kinder nur noch einen schulfreien Nachmittag pro Woche haben.
- Hinsichtlich des Fremdsprachenlernens wird eine Konzeption, der eine permanente Alltagskonfrontation mit der Zielsprache zugrunde liegt, einem Unterrichtsmodell von zwei bis drei Wochenlektionen übergestülpt.
- Humanistisch gebildete Menschen, die ihren gesellschaftlichen Status ebendieser Unterweisung verdanken, erklären humanistische Bildung für überholt und überflüssig.
- Beklagt wird eine zunehmende Zahl an übergewichtigen Kindern und Jugendlichen, gespart wird am Schwimmunterricht und an Wintersportlagern.
- Es wird behauptet, ein schwer verhaltensauffälliges Kind könne mit 6 (von insgesamt 28) Stunden spezifisch darauf abgestimmter Betreuung pro Woche besser gefördert werden als mit einem umfassenden Setting für seine gesamte Schulzeit.
- Gejammert wird über politisches Desinteresse der Jungwählerschaft, das Fach Geschichte aber wird in vielen Kantonen und Ländern drastisch abgewertet.
- Die ganze Welt – mit Ausnahme der OECD – beneidet die Schweiz um ihr duales Bildungssystem, welches an Berufsweltmeisterschaften regelmässig Medaillensammlungen ergattert wie die Schweizer Ski-Nationalmannschaft in den 1980er Jah-



ren, trotzdem hält der Bundesrat 30 Millionen Franken für die Austragung der WorldSkills 2021 in Basel für nicht vertretbar.

- Der EDK-Fremdsprachen-Murks mit dem Modell 3/5, welches jedoch nicht festlegt, mit welcher Fremdsprache zuerst begonnen werden soll, wird allen Ernstes als Vereinheitlichungsschritt verklärt.
- Und die gleichen Akteure, die im Rahmen der Vernehmlassung zum Lehrplan 21 das standardisierte Testen bedenkenlos beklatschten, empören sich wenige Jahre später über die daraus abgeleiteten Checks.

Albert Camus hegte, man mag es kaum glauben, eine intensive Leidenschaft für den Fussball. Er soll sogar gesagt haben, dass er alles, was er vom Leben wisse, durch den Fussball gelernt habe. Auch ich war in meiner Jugend ein begeisterter und nicht gänzlich talentfreier Fussballer. Damals gab

Albert Camus hegte, man mag es kaum glauben, eine intensive Leidenschaft für den Fussball. Er soll sogar gesagt haben, dass er alles, was er vom Leben wisse, durch den Fussball gelernt habe.



FOTOLIA

es am Jurasüdfuss, meiner Heimat, einen Amateurtrainer, dessen Laufbahn auch als «widersprüchlich» empfunden werden musste. Er verstand nämlich, das war landläufig bekannt, nicht wahnsinnig viel von Fussball, wollte aber unbedingt Fussballtrainer sein. Und tatsächlich trainierte er viele Jahre lang Mannschaften in der 2. und sogar in der 1. Liga. Das war dem Umstand geschuldet, dass er viel Geld besass und bereit war, dieses in seine Leidenschaft zu investieren. Deshalb verpflichteten ihn erfolgshungrige Clubs, weil sie wussten, dass er erstklassige Spieler zu ihnen locken würde. Was er auch tat. Nebenbei erwähnt: Dass damals wie heute im Amateurfussball mit teilweise schwindelerregenden Summen hantiert wird, ist auch eine Form von Widerspruch.

Da nun also der besagte Trainer nicht gerade der Pep Guardiola seiner Generation war, pflegte er, wenn das Spiel

nicht optimal lief, von der Seitenlinie her aufs Spielfeld zu rufen: «Jetzt müssen wir etwas machen!» Und weil er eine qualitativ hochstehende Mannschaft beisammen hatte, zeitigte seine beschränkte Sachkompetenz keine folgenschweren Konsequenzen, da die Spieler, angeführt von einem Libero (sic!) mit Nationalliga-Erfahrung (damals lagen Anglizismen wie «Super League» noch in weiter Ferne), ihre Taktik in Eigenregie flexibel und oft erfolgreich anzupassen vermochten. Die guten Fussballer bügeln die Schwächen ihres Trainers aus: mal durch Eigeninitiative, mal durch simples Ignorieren seiner Zurufe.

Auch an den Schulen, so scheint mir, haben fähige Lehrpersonen, wahlweise durch kreative Eigeninitiative oder standhafte Ignoranz, in der Vergangenheit schon so manches Mal dazu beigetragen, dass gewisse Reformleichen nicht viel früher zu stinken be-

gonnen haben. Doch sie stossen zunehmend an ihre Grenzen. So wie die Kicker des bescheidenen Trainers nur deshalb seine Unzulänglichkeiten zu kaschieren vermochten, weil das Spiel an sich noch immer dasselbe war, so können auch Lehrerinnen und Lehrer suboptimale Schulentwicklungen nur solange abfedern, wie die Schule in ihren Grundfesten noch das ist, worin sie sich auskennen und wofür sie Profis sind.

Wenn wir uns die Schulpolitik der letzten 15 Jahre wie ein Fussballspiel vorstellen, dann steht dort aber nicht mehr nur ein sachunkundiger und sich selbst überschätzender Trainer an der Seitenlinie, sondern Dutzende, und zwar links wie rechts des Spielfeldes. Und alle schreien sie permanent: «Jetzt müssen wir etwas machen! Jetzt müssen wir etwas machen! Jetzt müssen wir etwas machen!»

Dadurch stehen auf einmal mehr als 22 Spieler auf dem Feld, das Offside wurde abgeschafft, die Tore zugemauert, der Strafraum vergrössert, die Spielregeln werden alle fünf Minuten verändert und die Logik des Spiels ist ausser Kraft gesetzt, sodass selbst jene, die es geliebt und sich filigran wie Künstler darin bewegt haben, es nicht mehr wiedererkennen. Irgendwann können auch die besten Spieler ein widersprüchlich gewordenen Spiel nicht mehr retten.

Wir alle begegnen zwei Arten von Widersprüchen im Leben: auf der einen Seite jenen, die unabänderlich sind und hingenommen werden müssen, aber auf der anderen Seite auch hausgemachten. Mir scheint, zahlreiche Widersprüche an den Schulen sind der zweiten Kategorie zuzuordnen. Um das zu ändern, braucht es mehr Widerspruch gegen diese Gattung von Widersprüchen.

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident

Roger von Wartburg

Rebgutstrasse 12

4614 Hägendorf

Tel 079 261 84 63

roger.vonwartburg@lvb.ch

Geschäftsführer & Vizepräsident

Michael Weiss

Sonnenweg 4

4133 Pratteln

Tel 061 973 97 07

michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat

Gabriele Zückert

Rheinstrasse 51

4410 Liestal

Tel 061 599 48 51

gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe

Isabella Oser

Brombergstrasse 42

4244 Röschenz

Tel 061 763 00 02

isabella.oser@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik

Philipp Loretz

Bürenweg 6

4206 Seewen

Tel 061 911 02 77

philipp.loretz@lvb.ch